Bezugspreis
Für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 Mk., durch die Post 2,25 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Schriftleitung Nr. 1140; der Anzeigen-Abteilung Nr. 176; der Abonnements-Abteilung Nr. 1153.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Achtundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 6 gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg berechnet und in unseren Annahmestellen und allen Anzeigen-Geschäften angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pfg. für Halle, auswärts 1 Mk.

Erscheint täglich zweimal. Sonntags und Montags einmal.

Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle, Halle, Gr. Brauhausstraße 17. Nebengeschäftsstelle. Markt 24.

Nr. 35. **Halle, Donnerstag, den 22. Januar** **1914.**

Mb. Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

8. Sitzung vom 21. Januar.

Am Ministertisch: Frhr. v. Schorlemer.

Präsident Graf von Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 11½ Uhr.

Der Landwirtschafts-Etat.

(Dritter Tag.)

Einzelberatung.

Beim Kapitel „Landwirtschaftliche Lehranstalten" befürwortet Abg. Dr. Faßbender (Zentr.) einen Antrag auf Vorlegung eines Reichsgesetzentwurfes zu wirken, der die Mißstände, die jetzt auf dem Gebiete des Handels mit Futtermitteln, Düngemitteln und Sämereien herrschen, beseitigen soll.

Abg. v. Kessel (Kons.):

Die Notwendigkeit eines solchen Gesetzes liegt auf der Hand, denn es herrschen tatsächlich große Uebelstände auf diesem Gebiete. Wir begrüßen daher den Antrag und werden für ihn stimmen.

Abg. Lieber (Natl.):

Auch wir sind mit dem Antrag einverstanden.

Abg. Varenhorst (Freikons.):

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die bisherige Gesetzgebung nicht ausreicht, um den unzweifelhaften Mißständen abzuhelfen. Deshalb muß ein Spezialgesetz erlassen werden. Es ist dies kein Ausnahmegesetz, sondern ein Sondergesetz. Ich bitte den Landwirtschaftsminister mit aller Energie einzugreifen, damit der Bundesrat so bald wie möglich mit einem Gesetzentwurf kommt.

Abg. Ehlers (Vp.):

Wir werden für den Antrag stimmen, wenn wir auch meinen, daß das bisherige Material für ein besonderes Gesetz noch nicht ausreicht. Man sollte daher zunächst eine Enquete veranstalten, um ausreichendes Material zu erhalten.

Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer:

Für die Bemühungen zur Aufstellung von Mißständen im Handel mit Futtermitteln, Düngemitteln und Sämereien hatten sich bisher Schwierigkeiten ergeben, indem seitens des Handels Anforderungen gestellt wurden, die von der Landwirtschaftsverwaltung nicht gebilligt werden konnten. Schließlich haben sich der Handelsminister und mein Ressort darüber geeinigt, für eine besondere Regelung des Handels mit Dünger, Sämereien und Futtermitteln Vorschläge zu machen, wonach die erforderlichen Eigenschaften für die einzelnen Verkaufsartikel im Gesetz festgelegt werden und der Verkauf jener Artikel, die diesen Eigenschaften nicht entsprechen, verboten und bestraft wird. Die Reichsinstanzen werden vermutlich keine weiteren Schwierigkeiten machen. Deshalb glaube ich, zusagen zu können, daß den Wünschen der Antragsteller stattgegeben werden kann. (Beifall.)

Abg. Byrns (Zentr.):

Ein strenges Gesetz ist dringend nötig, denn die Landwirtschaft wird jetzt durch den unreellen Handel erheblich geschädigt. Bei uns im Rheinland sind viele Landwirte durch Verfälschung der Futtermittel zu schwerem Schaden gekommen, wertvolle Pferde sind ihnen krank geworden.

Abg. Dr. Becker (Zentr.):

Es muß hier nicht nur der bewußte Verstoß gegen Treu und Glauben, sondern auch der fahrlässige Verkauf schlechter Ware unter Strafe gestellt werden. Der Verkäufer muß unter allen Umständen für seine Ware einstehen.

Abg. Dr. v. Campe (Natl.):

Bedauerlich ist es, daß die in der Schweiz approbierten Tierärzte den Titel Dr. med. vet. in Preußen nicht führen dürfen. Man sollte doch den Herren entgegenkommen. Ich weiß wohl, daß hierbei nicht der Landwirtschaftsminister, sondern der Kultusminister zu entscheiden hat; ich bitte aber den Landwirtschaftsminister, seinen Einfluß beim Kultusminister geltend zu machen, um hier den berechtigten Wünschen der Tierärzte entgegenzukommen. Es handelt sich gar nicht um eine prinzipielle Frage, sozusagen nur um eine abiterbende Klasse, um so mehr sollte man hier nicht einen prinzipiell ablehnenden Standpunkt einnehmen.

Abg. Wendlandt (Natl.):

Dem Grundgedanken des Antrages Faßbender stehe ich sympathisch gegenüber. Seine Durchführung dürfte aber auf Schwierigkeiten stoßen. Jedenfalls ist vorher die Veranstaltung einer Enquete unerläßlich.

Abg. Hofer (Soz.):

Die fiskalischen Kaliwerke verdienen 100 Prozent an der Abgabe des Kalis an die Konsumenten. Da könnten sie doch wahrlich an die kleinen Abnehmer das Kali billiger liefern. Dem Antrage Faßbender stimmen wir zu.

Abg. Hoeveler (Zentr.):

Viele Millionen gehen jährlich für Produkte der Milchwirtschaft an das Ausland. Bei einer Hebung der inländischen Milchwirtschaft könnten diese Summen dem Inlande erhalten bleiben. Wir beantragen daher, möglichst bald ein großes umfassendes Institut zur wissenschaftlichen Erforschung sämtlicher auf milchwirtschaftlichem Gebiete auftretenden Fragen zu errichten.

Abg. Buerecke (Kons.):

Auch wir wünschen die Errichtung einer solchen wissenschaftlichen Anstalt. Die Bedeutung der Förderung der Milchwirtschaft ist für die ländlichen Kreise außerordentlich groß. Ich beantrage, den Antrag der Budgetkommission zu überweisen.

Abg. Hoff (Vp.):

Nach dem Vorschlage der Landwirtschaftskammern nahmen wir bisher an, daß es sich empfehle, eine Reichsanstalt nach dem Muster anderer Reichsanstalten zu errichten; dann würden auch die kleineren Einzelstaaten hieraus Nutzen ziehen können. Wir stimmen aber auch dem Zentrumsantrage zu, damit möglichst bald etwas auf diesem Gebiete geschieht.

Abg. Westermann (Natl.):

Auch ich stehe dem Antrage durchaus sympathisch gegenüber, möchte aber bitten, ihn nicht der Budgetkommission, sondern der Agrarkommission zu überweisen.

Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer:

Der Gedanke, ein Zentralinstitut für milchwirtschaftliche Forschungen zu schaffen, ist an sich gewiß erwägenswert. Seiner Verwirklichung im Weg steht jedoch das Bedenken gegenüber, daß schon jetzt für solche Institute bei den Landwirtschaftskammern 190 000 Mark ausgeworfen sind. Bei Schaffung eines Zentralinstitutes würden wohl diese Zuschüsse gekürzt werden müssen. Anzuerkennen ist es, daß die wissenschaftliche Seite der Fragen in einem Zentralinstitut zweifellos gründlicher behandelt werden könnte als jetzt, wo die Leiter der Institute meist noch anderweit stark in Anspruch genommen sind. Dem steht aber das Bedenken gegenüber, daß ein solches Institut leicht die unbedingt erforderliche rege Fühlung mit der Praxis verliert. Die Verwaltung behält die Frage im Auge und sucht sie so zu verwirklichen, wie sie den Wünschen der Landwirtschaft entspricht.

Der Antrag auf Errichtung der milchwirtschaftlichen Zentralanstalt geht an die Agrarkommission.

Der Antrag Faßbender wird einstimmig angenommen.

Abg. Dahlem (Zentr.):

Die Lehranstalt für Wein-, Obst- und Gartenbau in Geisenheim muß weiter ausgestaltet werden. Vor allem muß sie sich mehr als bisher mit der Reblausforschung befassen. Gegenwärtig müssen sich die Weinbauern vielfach der Obstkultur widmen, weil der Weinbau in den letzten Jahren nicht rentabel war.

Abg. Wolff-Lissa (Vp.):

wünscht, daß die Lehrer an den ländlichen Fortbildungsschulen den an den städtischen gleichgestellt werden.

Abg. v. Pappenheim (Kons.)

begründet einen Antrag, dort, wo auf Antrag der Gemeinden religiöse Unterweisung in den Lehrplan der Fortbildungsschulen aufgenommen wird, die Genehmigung des Lehrplans lediglich aus diesem Grunde nicht zu versagen. Gegen den Zentrumsantrag auf obligatorische Einführung des Religionsunterrichts haben wir uns seinerzeit gewandt, weil wir jede Einschränkung der Selbstverwaltung vorsichtig vermeiden. Wir haben aber mit Entschiedenheit auch verlangt, daß man den Gemeinden, die den Religionsunterricht einführen wollen, keine Hindernisse in den Weg legen darf, und daß überhaupt der ganze Unterricht von religiösem Geiste durchtränkt werden soll. Die Entscheidung hierüber wollen wir den Eltern und den Selbstverwaltungsorganisationen überlassen. (Zuruf b. d. Soz.) Die Freiheit, die wir meinen, hat ein ganz anderes Gesicht, als die, die Sie wollen. (Beifall rechts.) Der Minister sagte, er wolle keinen Zwang, in Wahrheit aber ist der Zwang, den er ausüben will, weit größer als der, den wir wollen. Wir stehen mitten im Leben, kennen die Verhältnisse und hoffen daher, daß der Minister unsere Wünsche erfüllt und den Gemeinden, die den Religionsunterricht wollen, keine Hindernisse in den Weg legt. Die Entscheidung muß natürlich bei der Regierung liegen, aber es hieße das Kind mit dem Bade ausschütten, wenn man den Religionsunterricht jetzt überhaupt in den Fortbildungsschulen verbieten will. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Kaufmann (Zentr.):

Unser prinzipieller Standpunkt ist der, daß der Religionsunterricht nur dann ersprießlich sein kann, wenn er obligatorisch in allen Fortbildungsschulen eingeführt wird. Weshalb sollen diese Schulen eine Ausnahme bilden? Weshalb will man in den Fortbildungsschulen etwas anderes, als in allen anderen Schulen? In dem Antrag können wir nur eine minimale Abschlagszahlung sehen. Nur der konfessionelle obligatorische Religionsunterricht kann das Ziel der religiösen Vertiefung der Jugend erreichen. Religiöse Betrachtungen in den Stunden, wo Staatsbürgerkunde gelehrt wird, können keinen Ersatz bilden; sie sind kein Religionsunterricht. Wenn die Geistlichkeit in manchen Orten nicht den Anteil an der Fortbildungsschule nimmt, der wünschenswert ist, so liegt dies nur daran, daß sie den bisherigen Zustand des religionslosen Unterrichts für unwürdig hält. Je mehr man den Religionsunterricht beschränkt, desto mehr blüht der Weizen der Sozialdemokratie.

Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer:

Ich habe in der Sitzung vom 19 Januar nicht davon gesprochen, daß eine künstliche Erregung in die Bevölkerung hineingetragen worden sei. Ich machte meine damaligen Ausführungen mit Rücksicht auf bestimmte mir bekannt gewordene Vorgänge, daß bereits in verschiedenen Kreisen die Ortsgeistlichkeit sich bei der Einrichtung der Fortbildungsschulen über die Erteilung des Religionsunterrichts mit den Behörden verständigt hätte, und daß diese erst durch den Beschluß der sogenannten Unterrichtskommission der Zentrumsfraktion genötigt waren, die Sache in anderer Weise zu erledigen. In der Frage des Religionsunterrichts an den Fortbildungsschulen stimme ich mit dem Handelsminister vollkommen darin überein, daß ich unter keinen Umständen einen Zwang zur Beiwohnung des Religionsunterrichtes eingeführt wissen will, dagegen bin ich jederzeit bereit, die Genehmigung zur Aufnahme des Religionsunterrichts zu erteilen, wenn ein solcher Zwang nicht ausgesprochen wird. Von der Wichtigkeit des Religionsunterrichts bei der Erziehung der heranwachsenden Jugend ist die Regierung durchaus durchdrungen. Der ganze Widerspruch zwischen den Konservativen sowie dem Zentrum und der Regierung beruht eigentlich lediglich auf dem Zwange. Eine Aenderung des Standpunktes der Regierung, daß ein Zwang zu. Teilnahme am Religionsunterricht nicht statuiert werden kann, ist ausgeschlossen. Beginnen Sie sich mit dem, was die Regierung Ihnen angeboten hat, und helfen Sie uns, auf dem Wege der Fortbildungsschule die heranwachsende Jugend zu staatstreuen und kirchlichen Männern zu erziehen. (Beifall.)

Abg. Dr. v. Campe (Natl.):

Nach den Worten, die der Landwirtschaftsminister eben gesprochen hat, kann man nicht mehr sagen, daß ein Widerspruch zwischen ihm und dem Handelsminister besteht, wie ihn die Konservativen entdeckt haben wollen. Im Herrenhause wurde die Regierung seinerzeit gelobt, daß sie den Religionsunterricht aus dem Gesetz herausgenommen habe, weil er nicht dahineingehöre, aber nicht deshalb, weil man den Gemeinden freie Hand lassen wollte. Herr von Pappenheim schien zu meinen, daß die Ausführungsbestimmungen in Widerspruch mit dem Gesetz und den Resolutionen dieses Hauses stünden. Dieser schwere Vorwurf ist jedoch ganz unbegründet. Denn in diesen Bestimmungen ist ausführlich dargelegt, in welcher Weise der religiöse Sinn in den Fortbildungsschulen gepflegt werden soll; es ist sogar bestimmt, daß nach Möglichkeit auch Geistliche zu den Unterweisungen herangezogen werden sollten. Mehr kann man doch nicht verlangen! Es ist also keine Rede davon, daß die Religion als quantité négligeable behandelt wird; dem würden auch wir entschieden widersprechen. Es ist die Frage, ob die Gefahren, die durch einen zwangsweisen Religionsunterricht entstehen, nicht größer sind, als die, die ein religionsloser Unterricht hervorrufen kann. Jedenfalls haben die Gemeinden hier kein Recht; es ist Sache der Schulaufsichtsbehörde, den Lehrplan festzustellen.

Der Widerspruch im Lande wird auch nicht ganz spontan entstanden sein, das Zentrum wird hier schon etwas mitgeholfen haben. Das zeigt der Ton, der auf den Katholiken-Versammlungen angeschlagen wurde. Die Staatsautorität sollte man dadurch allerdings nicht. Dem Antrag Pappenheim können wir nicht zustimmen, schon deshalb nicht, weil er gar nicht sagt, ob er sich auf den fakultativen oder obligatorischen Religionsunterricht bezieht. In der allgemeinen Fassung, wie der Antrag vorliegt, wird er nur die Brücke zur Einführung des obligatorischen Religionsunterrichtes sein. Ganz deplaciert war der Hinweis des Abg. Kaufmann auf die Sozialdemokraten. Zeigen Sie uns einen Fall, Herr Kaufmann, wo in den Schulen ein sozialdemokratischer Geist herrscht, so sollen Sie mal sehen, mit welchem eisernen Besen wir da diesen Geist aussehren werden! Die Politik gehört überhaupt nicht in die Schule hinein. Die Fortbildungsschule soll junge Leute für ihren Beruf, ihr Leben, ihr Auftreten, ihre Pflichten im Staat, Gesellschaft und Familie in den schweren Kämpfen ums Dasein stärken. Uns liegt die Religion ebenso am Herzen wie Ihnen. (Lachen im Zentrum.) Treten Sie uns sachlich entgegen. Lachen sind keine Gründe, man verdeckt dadurch oft, daß man keine Gründe hat. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Rambohr (Freik.):

Ich bin in der Beurteilung der Tendenz des Antrages v. Pappenheim optimistischer als Abg. v. Campe; ich lese aus ihm heraus, daß der Religionsunterricht nicht obligatorisch, sondern fakultativ erteilt werden soll, und daß an einen Zwang zur Beiwohnung an diesem Unterricht nicht gedacht ist. Die großen Hoffnungen, die man auf die Einführung des Gesetzes im vorigen Frühjahr gesetzt hatte, haben sich leider nicht erfüllt. Die Teilnahme an den ländlichen Fortbildungsschulen ist leider vielfach nur sehr gering gewesen; darunter leidet die Arbeitsfreudigkeit der Lehrer. Trotzdem muß die Regierung auf ihrem Wege fortfahren: Nur Mut, die Sache wird nicht schief gehen!

Abg. Graue-Brandenburg (Vp.):

Ich habe namens meiner Freunde zu erklären, daß wir den Antrag Pappenheim ablehnen. Das Gesetz ist nur dadurch zustande gekommen, weil der Religionsunterricht herausgelassen wurde. Und nun kommt der Antrag, und man verlangt, daß wir von neuem die Quadratur des Kreises zu lösen versuchen sollen. Wenn der Antrag vom Zentrum gekommen wäre, hätte ich mich nicht gewundert. Nur die Kirche will den obligatorischen Religionsunterricht auch in den ländlichen Fortbildungsschulen. Ich hoffe, daß die Regierung diesen Bestrebungen den entschiedensten Widerstand entgegensetzt. Ein religiös-sittlicher Unterricht ist garantiert, und der kann ebenso wirkungsvoll sein wie ein Religionsunterricht. (Es ist nicht Aufgabe des souveränen Staates, den Ansprüchen der Kirche Konzessionen zu machen. (Unruhe im Zentr.) Was sollen wir dann von dem Religionsunterricht in der Volksschule halten, wenn man hier als so ergebnislos hinstellt, daß er in den Fortbildungsschulen fortgesetzt werden muß. (Beifall links.)

Abg. Adolf Hoffmann (Soz.):

Den Abg. von Pappenheim als Verteidiger der Selbstverwaltung auftreten zu sehen, das war wirklich ein ungewöhnliches Schauspiel. Beim Zweckverbandsgesetz und bei der Elektrisierung der Berliner Stadtbahn hat man wenig davon gemerkt. Aber wir kennen unsere Pappenheimer! (Große Heiterkeit.) Vielleicht wird Herr von Pappenheim noch mal Oberpräsident von Berlin, Spreeprüfekt, dann kann er ja sein Wohlwollen den Berlinern beweisen. Was der Antrag will, ist klar: Religionsunterricht von der Wiege bis zum Grabe, bis zum Krematorium! Der Antrag bringt den Zwang, den das Zentrum erstrebt. Das hätte das Zentrum wohl selbst nicht erwartet. Zur Niederhaltung und Unterdrückung der arbeitenden Massen wollen Sie den Religionsunterricht haben; dazu ist ja der Mißbrauch der Religion das beste Mittel. Ohne Gendarmen bringen Sie die Kinder nicht in den Religionsunterricht hinein, darum wollen Sie den Zwang: ein bedenkliches Zeichen Ihrer Religionslosigkeit! Wir haben der Regierung schon manchmal aus der Patsche geholfen, wahrlich nicht aus Liebe zu ihr, sondern um den Interessen unserer Wähler bestens zu dienen, und darum unterstützen wir sie auch hier. Wie wenig Interesse Sie (auf der Rechten) für den ländlichen Fortbildungsunterricht in Wirklichkeit haben, dafür ein Beispiel: Im Regierungsbezirk Allenstein gibt die Regierung zum Fortbildungsunterricht 75 000 Mark, die Gemeinden ganze 31 Mark! (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Marx (Zentr.):

Wenn Abg. Hoffmann hier als Verfechter einer Ausführungsbestimmung der Regierung auftritt, so sollte es doch der Regierung zu denken geben. Die Sozialdemokraten spielen sich immer als Vertreter der Freiheit auf, wenn es dem Unglauben gilt; aber die freie Ausübung der positiven Religion überschütten sie mit Hohn und Spott. Wir lassen uns von Ihnen unsere Religion nicht begeifern! Die katholische Religion ist das festeste Bollwerk gegen die Sozialdemokratie. (Zuruf bei den Soz.: Köln!) Durch die Fortbildungsschule hat die Regierung der Sozialdemokratie die Arbeit wesentlich erleichtert. Jetzt braucht sie junge Leute nicht mehr einzeln aufzusuchen. Auch wir wollen die Fortbildungsschule. (Abg. Dr. Hoffmann, Soz.: Aber was für welche!) Aber neben der Geistesbildung soll das Herz nicht zu kurz kommen. Das gläubige Volk verlangt, daß die religiöse Unterweisung als mindestens gleichberechtigt mit den anderen Unterrichtsgegenständen vom Staate anerkannt wird. Es ist nicht richtig, daß, wie der Minister behauptet, bestimmte Beschlüsse der Schulorganisation, die keine Organisation der Zentrumspartei, sondern der Generalversammlung deutscher Katholiken ist, für die Erteilung des fakultativen Religionsunterrichts vorliegen. Das Rundschreiben hierüber lege ich auf dem Tisch des Hauses nieder. Die Ausführungen des redenden Herrn v. Campe waren noch viel gemäßigter als die des Schreibenden Herrn v. Campe. (Jene Artikel atmen die Kampfesstimmung aus der Zeit vor 40 Jahren.

Den Juristen v. Campe schätze ich sehr, aber hier spricht der im evangelischen Bunde befindliche, durchaus einseitige Herr mit seinen konfessionellen Scheuklappen. (Lebhaftes Sehr richtig! im Zentr.) Das Zentrum ist eine politische Partei mit selbständigem Programm, die sehr genau weiß, was sie für das Staatswohl zu tun

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140122013/fragment/page=0001

hat, ganz abgesehen von den kirchlichen Forderungen. Wenn Sie so weiter arbeiten, und wenn Sie unser konfessionelles und politisches Vorgehen weiter in ein unrichtiges Licht stellen — und das verbitten wir uns, Herr v. Campe —, dann erschweren Sie es uns sehr, mit Ihnen zusammen zu gehen, um gemeinsam Front zu machen gegen die Sozialdemokratie, was gerade jetzt notwendig ist. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Herr v. Pappenheim hat ja dieselben staatsgefährlichen Anschauungen ausgesprochen wie ich. Herr v. Pappenheim Arm in Arm mit diesem staatsgefährlichen Marx! Bei den feinfühligen nationalliberalen Herren darf man nicht einmal darauf hinweisen, daß eine Ausführungsanweisung sich nicht im Einklang befinde mit der Willensmeinung des Parlaments.

Auf dem Parteitage habe ich lediglich gesagt, die Ausführungsanweisung stimme nicht mit dem überein, was bei der Beratung des Gesetzes von der Mehrheit des Abgeordnetenhauses gesagt worden ist. (Lachen.) Herr von Kardorff, Sie dürfen lachen, das ist mir ganz wurst. Es wird die Zeit kommen, wo die Staatsregierung Dank wissen wird jenen Parteien, die auf die Wichtigkeit der religiösen Ueberzeugung hingewiesen haben. Wenn die Wellen der Umsturzbewegung so weiter gehen (Huh! b. d. Soz.), dann wird die Zeit bald kommen, wo der Staat auf seine christlich gläubige Bevölkerung angewiesen sein wird; dann wird man unser Vorgehen als staatserhaltend ansehen! Die Angelegenheit ist für uns eine Gewissenssache. Wir können die Kinder nicht in eine Schule schicken, die nicht mit dem besten Erziehungsmittel ausgerüstet ist, das wir kennen, und das wir mit allen Unterrichtsgegenständen gleichgestellt sehen wollen. Davon werden wir uns von Herrn v. Campe und Genossen in keiner Weise abhalten lassen. (Stürmischer Beifall i. Zentr. und rechts, Zischen links.)

Abg. Frhr. von Richthofen (Kons.):

Meine Parteifreunde sind ebenso durchdrungen von der Notwendigkeit eines religiösen Unterrichts wie das Zentrum. Wir mußten uns aber die Frage vorlegen: Ist der obligatorische Religionsunterricht jetzt durchführbar? Das mußten wir zurzeit verneinen, da die evangelischen Geistlichen uns darauf aufmerksam machten, daß augenblicklich die nötigen Lehrkräfte nicht zur Verfügung ständen. Bei unserm Antrag handelt es sich nur darum, ob die Regierung den Wünschen der Gemeinden ein kategorisches Nein entgegensetzen darf. Ich meine, gerade aus Gründen der Staatsraison sollte die Regierung hier nicht Nein sagen dürfen. Daß die Sozialdemokratie antireligiös ist, ist eine Tatsache. Gerade deshalb soll man die Frage des Religionsunterrichtes in den Fortbildungsschulen nicht gering schätzen. Gewiß sind heute die wirtschaftlichen Fragen von großer Wichtigkeit, aber außerdem gibt es doch noch Ideale. Deshalb sollten wir alle, ganz einerlei, ob Orthodoxe oder Liberale, zusammenstehen und sagen: Wir schämen uns des Evangeliums Christi nicht. Unsere Jugend muß vor dem sozialdemokratischen Gift geschützt werden. Ich hoffe, daß Regierung und Volksvertretung zusammengehen werden, um dem Volke die Religion zu erhalten. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. v. Campe (Natl.):

Herr Marx sagt, daß die katholische Kirche die sicherste Gewähr gegen die Sozialdemokratie sei. Wie will er es da erklären, daß gerade in dem katholischen Belgien eine so starke Sozialdemokratie ist, daß in dem zu 9 Zehnteln katholischen Oesterreich die Sozialdemokratie fast ebenso stark ist wie in unserem Reichstag, daß im katholischen München und Oberfranken die Sozialdemokratie in stetem Wachsen ist? Wer der Religion den Charakter des Freiwilligen nimmt, nimmt ihr ein gewisses Etwas, ohne das die Religion nicht sein kann. Gerade in den Entwicklungsjahren sollte man mit dem Zwange vorsichtig sein. Der Abg. Ramdohr war Optimist genug, anzunehmen, daß im konservativen Antrag der obligatorische Religionsunterricht nicht steckt.

Die Ausführungen des Frhrn. v. Richthofen dürften ihn eines anderen belehrt haben. Im Abgeordnetenhaus ist seinerzeit ein Zentrumsantrag, der die Möglichkeit vorsah, daß in das Ortsstatut die religiöse Unterweisung als Unterrichtsgegenstand aufgenommen werde könne, mit den Stimmen der Konservativen abgelehnt worden. Heute stellen sich die Konservativen auf den genau entgegengesetzten Standpunkt. Ich will Herrn Marx, der in dieser Weise gegen mich polemisiert hat, nicht mit gleicher Münze dienen. Die Kritik des Zentrums an den Ausführungsbestimmungen der Regierung war etwas gewagt. Damit stützt sie die Autorität der Regierung nicht. Die „Germania" hat geschrieben: In der Jesuitensache haben die zuständigen kirchlichen Instanzen gesprochen, und dann haben andere Instanzen zu schweigen. Auch damit stützt man die Autorität der Regierung nicht. Herr Marx ist der allerletzte, der über den Evangelischen Bund urteilen kann. Wenn wir uns auch in gewissen Punkten niemals verständigen können, so werden wir uns doch so näher kommen können, aber nicht, wenn wir in der Weise auftreten, wie es Herr Marx getan hat. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Frhr. v. Zedlitz (Freik.):

Wir stehen auf dem Standpunkt des Herrn v. Pappenheim, daß die Religion nach Kräften und mit allen Mitteln zu erhalten ist. Aber mit der Einführung des zwangsweisen Religionsunterrichtes bei den Fortbildungsschulen kommen wir zu diesem Ziele nicht. Die Regierung könnte ja eine Ausführungsanweisung erlassen, worin hervorgehoben wird, daß ein Zwang für den Besuch des Religionsunterrichts nicht vorgesehen werden kann. Nur in dem Sinne, daß kein Zwang ausgeübt wird, stimmen wir für den Antrag.

Abg. Styczynski (Pole)

erklärt sich für den Antrag von Pappenheim.

Abg. Adolf Hoffmann (Soz.):

Es ist eine Unwahrheit, wenn gesagt wird, wir hätten nur Hohn und Spott für das Christentum. Wir achten jede religiöse Ueberzeugung, wir sind nur gegen den Mißbrauch des Christentums. Wir wollen auch die Verweltlichung der Schule. Wenn Sie den obligatorischen Religionsunterricht einführen, so werden Sie nur den Austritt aus der Kirche fördern. Was das Zentrum unter Toleranz versteht, weiß man. In Berlin wurde ein Kind gegen den Willen der Eltern katholisch getauft, so daß die Streichung aus dem Taufregister gerichtlich erzwungen werden mußte. Nur um die Macht ist es dem Zentrum zu tun, mittels Mißbrauchs der Religion wollen Sie das Volk knechten.

Hiermit schließt die Diskussion.

Persönlich bemerkt Abg. Marx, daß er bei einer späteren Gelegenheit den Abgg. von Campe und Hoffmann antworten werde.

Der Antrag wird hierauf mit den Stimmen der Rechten, des Zentrums und der Polen angenommen.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag, 11 Uhr.

Schluß 5½ Uhr.

Mb. Deutscher Reichstag.

196. Sitzung, Mittwoch, den 21. Januar.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Delbrück, Caspar.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Min.

Der Abg. v. Liebert (Rp.) hat sein Mandat niedergelegt.

Der Etat für das Reichsamt des Innern.

(Vierter Tag.)

Abg. Weilnböck (Kons.):

Ich habe namens meiner politischen Freunde folgende Erklärung abzugeben: Wir erkennen gerne an, daß der Staatssekretär gestern das bisherige System unserer Wirtschaftspolitik einschließlich der unmittelbar dazu gehörenden Einrichtung der Einfuhrscheine in durchaus zutreffenden Darlegungen verteidigt hat und sich namens der Reichsleitung zu dem Schutz der nationalen Arbeit bekannte, der unbedingt in vollem Umfange aufrechterhalten werden muß. Hierbei wird er immer unsere volle Unterstützung haben. Wir hoffen, daß die Regierung auch auf dem Gebiet des Seuchenschutzes unbeirrt an den bisherigen Maßnahmen festhalten wird.

Der Staatssekretär hat aber auch gesagt, daß sowohl hinsichtlich des Zolltarifs wie der Handelsverträge Verbesserungen möglich seien, die sich aus der fortschreitenden wirtschaftlichen Entwicklung ergeben, auch könnte eine Ergänzung des Zolltarifschemas in Frage kommen. Auch nach unserer Auffassung ist das für das Gebiet der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft und der ihr verwandten Berufe durchaus zutreffend. Wir erheben zurzeit gegen die gestern abgebene Erklärung keinen Einspruch, insoweit vorläufig die Vorlegung einer Zolltarifnovelle und eine Kündigung der ablaufenden Handelsverträge nicht beabsichtigt wird. Nach der Angabe des Staatssekretärs sollen aber Umstände eintreten können, die zu einer Aenderung der Zollgesetzgebung und zur Durchführung nötiger Verbesserungen dienen würden. Das kann unmöglich in der Absicht der Regierung liegen. Wir bedauern, daß man auf eine selbständige Berücksichtigung der Notwendigkeiten des eigenen Landes und die Ausnützung von eigenen Erfahrungen verzichtet, die der Austausch des wirtschaftlichen Schutzes und der Handelsgesetzgebung in anderen Ländern bietet. Zu einer solchen Politik werden wir uns nicht entschließen können. (Beifall rechts.)

Die letzte Viehzählung beweist, daß die Viehbestände im ganzen Reiche erheblich zugenommen haben. Wie kann man noch behaupten, daß die deutsche Landwirtschaft nicht imstande ist, unser Volk mit Fleisch und Brot zu versorgen! Die Einschleppung der Maul- und Klauenseuche muß durch weitergehende Sperrmaßregeln gegen das Ausland verhindert werden. Wir bedauern außerordentlich, daß die großen Städte mit den landwirtschaftlichen Organisationen nicht langfristige Lieferungsverträge für Fleisch geschlossen haben. Die kleine Landwirtschaft hat an den sozialen Lasten schwer zu tragen. Dazu kommt die Erhöhung der Löhne. Die Frage des Gerstenzolles sollte derart geregelt werden, daß alle aus dem Auslande eingeführte Gerste zu demselben Zoll abgefertigt und für diejenige, die zu Brauzwecken nicht verbraucht wurde, der Zoll zurückerstattet würde. Statt der Gerste könnten wir sehr wohl andere Futtermittel verwenden. Unser Hopfenbau geht infolge ausländischer Konkurrenz nach und nach zurück. Er bedarf des Zollschutzes wie der anderer Länder.

Ebenso tut dem Tabak, dem Sorgenkind unserer süddeutschen Landwirtschaft, Schutz not. Der Gemüsebau hat Recht auf Schutz; in unserer bayerischen Heimat muß wegen der Wasserverhältnisse Meerrettich gebaut werden. Er ist durch die amerikanische Konkurrenz bedroht. Ebenso sollte die Milchwirtschaft geschützt werden. Rußland hat an Handelsverträgen mit uns ein viel größeres Interesse als wir. Wir alle in unserer Fraktion sind für innere Kolonisation. (Sehr richtig! rechts.) Nur muß sie vernünftig, nicht sprungweise überhastet durchgeführt werden. Es sollen nicht bloß kleinste, sondern kleine, mittlere und selbst größere Besitze geschaffen werden. Die innere Kolonisation, wie sie Frhr. von Wangenheim angeregt hat, hat kolossale Werte geschaffen. Sie kann aber nur erhalten bleiben, wenn unsere Wirtschaftspolitik die gleiche bleibt. Sie allein kann uns auf unserer nationalen und wirtschaftlichen Höhe erhalten. (Lebh. Beifall rechts.)

Ministerialdirektor Müller:

Ich bin beauftragt, namens des Staatssekretärs zu erklären, daß der Seuchenschutz in derselben Weise weiter gehandhabt werden wird, wie es bisher der Fall gewesen ist. (Lebhafter Beifall.) Langfristige Lieferungsverträge, für die landwirtschaftliche Organisationen in Frage kommen könnten, haben wir stets aufmerksam verfolgt und begünstigt, soweit es in unseren Kräften stand. Die Verhältnisse an der russischen Grenze haben sich einigermaßen verschoben, unser Export von Roggen ist stärker geworden, als wir angenommen hatten. Rußland ist autonom und kann seine Handelsverhältnisse nach seinen Bedürfnissen regeln. Wir müssen daher das Weitere abwarten. Einstweilen sind wir überrascht worden.

Abg. Gothein (Vp.):

Es wäre ein Unglück, wenn wir gleich wieder mit neuen Gesetzen kommen würden, ehe die alten verdaut sind. Auch die Boa constrictor muß eine Ruhepause machen, wenn sie einen großen Happen verschlungen hat. Es kann eine Ruhepause in der Sozialpolitik eintreten. In Wirklichkeit ist lediglich die Selbstverwaltung aus der Arbeiterversicherung hinausgedrängt worden; die Bureaukratie hat sie in die Hand genommen. Das empfindet das Volk als ein Unglück. Die jetzige Anwendung des Gesetzes schafft nur Erbitterung. Wir begrüßen dankbar den Erfolg, den der Staatssekretär in dem Streit der Aerzte und Krankenkassen erzielt hat. Diese Erfahrungen sprechen für ein Einigungsamt. Eine einheitliche Regelung der Verhältnisse im Binnenschiffergewerbe würde zu sehr schablonisieren müssen, es empfehlen sich höchstens Gesetze für die einzelnen Stromgebiete.

Der Staatssekretär hat gestern, ein moderner Salomo, ein hohes Lied auf unsere bewährte Wirtschaftspolitik gesungen. Aber er wird einst am Schluß wie Salomo sagen müssen: Es ist alles eitel! Welche Wirtschaftspolitik ist das? Die Bismarcksche, die Caprivische oder die Bülowsche? Die sehr großen Unterschiede darunter genieren freilich einen großen Geist wie den Staatssekretär nicht. Vor den Caprivischen Handelsverträgen ging es der Industrie geradezu jammervoll. Seitdem ist die Auswanderung zurückgegangen, seitdem haben sich Handel und Industrie belebt. Die Logik vom Bundesratstische ist ergötzlich. Wenn Immanuel Kant sie hören würde, er würde sich im Grabe umdrehen. Wieviel wirre Ansichten herrschen doch über die Wirtschaftspolitik! Der wirtschaftliche Romantiker v. Oldenburg-Januschau behauptete sogar, Deutschland brauche vom Auslande nichts anderes einzuführen als Kaffee und Knackmandeln. (Heiterkeit.) Die Kartelle haben die Schutzzollpolitik ausgenutzt. Bei den Fertigfabrikaten ist die Ausfuhr am kleinsten, bei den Rohprodukten am größten. Das ist sehr bedenklich, weil damit unsere Arbeiter ausgeschaltet werden. Bei allen verfeinerten Produkten ist ein Rückgang der Ausfuhr zu verzeichnen. (Hört! hört!) Und das nennt man bewährte Wirtschaftspolitik. Das ist eine Politik nicht zum Schutze der nationalen Arbeit, sondern zum Schutze der nationalen Rente. (Sehr richtig! links.)

Der Wert der Kartelle soll darin bestehen, daß sie eine Stetigkeit der Industrie verbürgen. In Wirklichkeit erreichen sie nur, daß ihr die Kohlen, das Brot der Industrie, dauernd verteuert werden, daß also schließlich ihre Unkosten steigen müssen. Die Wirtschaftspolitik soll nun der Landwirtschaft außerordentlichen Nutzen bringen, trotzdem bleiben wir nach wie vor und immer stärker auf das Ausland angewiesen. Die Zölle haben lediglich eine geradezu entsetzliche Steigerung der Bodenpreise bewirkt. Die Anbaufläche für Getreide hat ständig zugenommen, zum Nachteil der Viehzucht, die den Weidegang nicht entbehren kann. Verschuldet wird das durch die Einfuhrscheine. Infolgedessen sind auch zahlreiche Wiesen in Ackerfläche verwandelt worden. In Sachen der Einfuhrscheine standen früher auch die Politiker der äußersten Rechten auf unserem Standpunkt. Erst seit 1887 tritt das Bestreben hervor, eine unverhüllte nackte Ausfuhrprämie zu schaffen. Damals sträubte sich auch die Regierung, sogar ein so agrarischer Minister wie Miquel.

Außer der ungesunden Ausdehnung des Ackerbaues wird aber auch die Reichskasse geschädigt. Alle schlimmen Voraussagungen sind eingetroffen, im Auslande werden die Einfuhrscheine immer mehr wie Ausfuhrprämien angesehen. Die Bemerkung des Staatssekretärs, die Einfuhrscheine ermöglichten dem Landwirt des Ostens lediglich, sein Getreide zum Weltmarktpreise möglichst vorteilhaft zu verkaufen, kann nur Heiterkeit erwecken. Er möge derartiges künftig unterlassen. Der kleine Landwirt verbraucht seine Getreideprodukte in der eigenen Wirtschaft; er hat also kein Interesse an Zöllen. Heute in der Zeit der billigen Futtermittel und der steigenden Viehzucht fordert der Bund der Landwirte zur Einschränkung der Milchproduktion auf, die ohnehin nicht ausreicht, um die ärmere Bevölkerung zu befriedigen. Es ist nicht richtig, daß die Wirtschaftspolitik das Entstehen von Kleinbetrieben begünstigt. In Schlesien kauft das Fideikommiß des Großherzogs von Weimar fortgesetzt Kleinbauern, einen nach dem andern, auf. Der Großbetrieb entvölkert das Land und schädigt damit den militärischen Nachwuchs. Deshalb brauchen wir innere Kolonisation. Der Kleinbauer braucht keine Saisonarbeiter wie der Großbesitz. Wird Rußland uns nicht diese Arbeiter sperren, wenn wir nicht Handelsverträge nach seinem Willen schließen? Oesterreich ist bereits auf dem Wege dazu! Wo bleibt dann der Großbesitz? Allein die russische Bureaukratie kann schon die Grenzen für die Arbeiter sperren. Das rückständige Rußland treibt innere Kolonisation in großem Maßstabe und braucht seine Arbeiter selbst.

Ministerialdirektor Müller:

Es ist ganz klar, daß die Handels- und Zollpolitik für die Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht allein als ausschlaggebend betrachtet worden ist. Auch die anderen Errungenschaften, die chemischen und wissenschaftlichen, sind maßgebend gewesen. Die Kernfrage ist: Ist unsere Zoll- und Handelspolitik so ausgestaltet, daß der innere Markt gekräftigt und gefestigt werden konnte, und daß daneben auch auf dem Auslandsmarkte die deutschen Erzeugnisse konkurrieren konnten? Ueber diesen Punkt werde ich mich mit Herrn Gothein wohl nicht verständigen. (Sehr richtig! rechts.) Der Redner weist an der Hand der Statistik von 1907 bis 1912 nach, daß die deutsche Ausfuhr sich auch in dieser Zeit günstig gesteigert habe. Die Ausfuhr stieg in Deutschland z. B. um 31 Proz., in Frankreich um 20 Proz., in den Vereinigten Staaten von Nordamerika um 17 Proz. Auch die Ausfuhr in der Fertigindustrie ist gestiegen, wenn sie auch in einigen Branchen zurückgegangen ist und das Rekordjahr 1907 nicht erreicht hat.

Mehrfach hat man angenommen, daß in Rußland in neuerer Zeit unfreundliche Maßnahmen gegenüber unserer Ausfuhr betätigt worden seien. So lautete wenigstens der Ausdruck. Man muß bei diesen Maßnahmen unterscheiden zwischen Rußland und Finnland. Nach den uns zugegangenen Nachrichten, ganz Genaues wissen wir noch nicht, ist den russischen gesetzgebenden Körperschaften vom Ministerrat ein Gesetzentwurf überwiesen worden, wonach in Rußland ein Getreideeinfuhrzoll von 3,96 Mk. für den Bruttodoppelzentner und in Finnland ein Zoll auf Roggen, Gerste, Hafer und Weizen von 3 48 sowie ein Zoll auf Mehl in Höhe von 5,27 Mk. eingeführt werden soll.

Diese Waren sind bisher zollfrei in Rußland und Finnland eingegangen; nur auf Mehl wurde in Rußland schon bisher ein Zoll von 5,93 Mark erhoben. Man hat unseren Unterhändlern gewissermaßen einen Vorwurf daraus gemacht, daß sie uns die zollfreie Einfuhr von Getreide in Rußland nicht dauernd gesichert hätten. Damals hatte aber die Sache noch nicht die heutige Bedeutung, und natürlich hätte man eine solche Forderung mit auf unser Konto geschrieben. Darum war es kein so großes Omissum, wenn unsere Unterhändler damals die Bindung der Zollfreiheit nicht forderten. Inzwischen ist unser Interesse an der Ausfuhr von Getreide, insbesondere von Roggen, nach Rußland bedeutend größer geworden, und so haben wir allerdings ein Interesse daran, uns diese Ausfuhr auch zu erhalten.

Abg. Dr. Arendt (Rp.):

Herr Gothein hat uns seine alte schöne Rede gehalten, die wir schon so oft gehört haben. Herr Gothein ist auch in seiner Partei die letzte Säule des Freihandels. Auch in seiner Partei bricht sich die Ueberzeugung Bahn, daß der Schutzzoll doch nicht ganz so schlimm ist. In der Zolltarifkommission malte uns Herr Gothein allerlei Schreckbilder, wenn dieser Zolltarif zustande käme. Die Durchführung des Schutzzolles, so hieß es, würde der Ruin Deutschlands sein. Das kann aber doch kein Mensch behaupten. Alle Voraussagen des Herrn Gothein sind durch die Tatsachen widerlegt. Die Fortschrittler wollen nur abbauen. Sie glauben, es tut weniger weh, wenn der Schwanz stückweise abgehackt wird. Die Weisheit des Herrn Gothein kommt mir immer so vor, als wenn er eine melkende Kuh tötet in der Hoffnung, dann dauernd umsonst Milch zu bekommen. (Heiterkeit rechts.) Die Lehre vom angemessenen Preise muß auch für den Landwirt Geltung haben. Wenn die Arbeiter angemessenen Lohn haben wollen, dann müssen sie auch angemessene Preise zahlen für die Erzeugnisse, die andere Arbeiter geschaffen haben.

Die Caprivischen Handelsverträge haben die Interessen unserer Landwirtschaft nicht genügend wahrgenommen. Zu der Erklärung des Staatssekretärs eine Frage: War es nötig, das Ausland schon jetzt in unsere Karten blicken zu lassen? (Sehr gut, rechts.) Wir bitten den Staatssekretär, neben der landwirtschaftlichen auch die industriellen Wünsche bei den Handelsvertragsverhandlungen möglichst zu berücksichtigen. Die Sozialpolitik ist keine Frage des Ja oder des Nein, sondern des Mehr oder Minder. Und wir stehen jetzt mehr beim Mehr. Die Interessen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sind auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden. Das erkennen auch die Arbeiter an, und die wirtschaftsfriedlichen Organisationen wachsen daher. Die Reichsversicherungsordnung ist das größte soziale Werk aller Länder und Zeiten. Es beruht auf Kompromissen und hat Schönheitsfehler, aber die Erfahrungen der Praxis werden mein Urteil bestätigen. Durch die Landkrankenkassen wird die Bureaukratie der Ortskrankenkassen einigermaßen eingeschränkt. Die Mittelstandsfürsorge hat den städtischen Hausbesitz vergessen. Er kam für die Gesetzgebung eigentlich nur in Betracht, wenn ihm neue Steuern auferlegt werden sollten. Ein Sinken des Zinsfußes ist zu erwarten, damit werden wir über die gegenwärtigen Schwierigkeiten hinwegkommen.

Erfreulicherweise sind die Verhältnisse der Reichsbank besser geworden dank dem Präsidenten Havenstein, den ich zu meiner Freude unter uns sehe. (Beifall.) Die Reichsbank hat in ihrer Diskontpolitik sich eine wirkliche Unabhängigkeit von dem Auslande bewahrt. Daß Preußen anstatt konsolidierter Anleihen jetzt amortisable begibt, ist ein Vorgehen, dem ich vollen Erfolg wünsche. Das Publikum soll bei Staatsanleihen keinen Schaden leiden. (Beifall.) Der Schutz der nationalen Arbeit, wie ihn Bismarck eingeleitet hat, hat uns den großen Aufschwung verschafft. Deshalb halten wir daran fest!

Donnerstag 1 Uhr: Weiterberatung.

Schluß 6½ Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140122013/fragment/page=0002

Was will eigentlich der Preußenbund.

Dem Preußenbunde soll nach einer ziemlich schwülstigen Erklärung des Herrn Dr. Rocke eine agrarische Tendenz ferngelegen haben. Er versichert,

„daß bislang niemanden im Preußenbunde der Gedanke gekommen ist, ihn als Kampforganisation oder auch nur indirekt als Verkleinerer anderer Bundesstaaten und deren Angehörigen anzusehen“.

Ja, was will denn der Preußenbund sonst. Man muß seinem ganzen Auftreten nach annehmen, daß er lediglich dazu da ist, in grobkörniger Form die Forderung des Herrn Yorck von Wartenburg zu vertreten, der den preußischen Junkern in Deutschland die Macht gegenüber den liberalen oder, wie er sagt, „demokratischen“ Einflüssen der süddeutschen Staaten sichern wollte.

In Süddeutschland hat man das ganz richtig erfaßt und in der bayrischen Kammer, in der Dienstag der Kriegsminister Frhr. v. Kreß die Aeußerungen über die bayrische Armee auf dem Preußentag entschieden zurückgewiesen hatte, nahm Mittwoch der liberale Abgeordnete Professor Dr. Günther das Wort, um gegen die Herabsetzung der bayerischen Armee zu protestieren. „Ich halte es“, so führte der Redner u. a. aus, „aber nicht für zweckmäßig, gegen eine einzelne Person aufzutreten, zumal die fragliche Persönlichkeit, nämlich der General v. Kracht, inzwischen eine Berichtigung publiziert hat, aus der hervorgeht, daß er es so schlimm mit seiner Schilderung nicht gemeint habe. Aber um so mehr gelte es, gegen den ganzen Geist Front zu machen, aus dem heraus die fragliche Aeußerung auf dem Preußentag gefallen war. General v. Kracht war offenbar der Massenpsychose des Preußentages erlegen. Die Freude der übermüdeten Bayern bei Orleans war ganz natürlich und kann man sehr gut verstehen: Hätte man in der Versammlung des Preußenbundes die Episode in dieser Weise geschildert, dann hätte gewiß niemand daran irgend etwas gefunden. Aber eine solche Schilderung habe eben nicht in das Milieu dieses Preußenbundes gepaßt. **Die Worte des Generals konnten gar nicht anders aufgefaßt werden, wie es geschehen ist.** Seine Rede wäre ja sonst auf dem Preußentag ganz zwecklos gewesen. Das sei eben der Prätorianergeist, von dem auch der Abg. Dr. Müller-Meiningen vor einigen Tagen im Landtage gesprochen habe. Selbstverständlich fühle sich die bayrische Volksvertretung gegenüber solchen Beleidigungen völlig solidarisch, und sie mache Front gegen einen Geist, wie er auf dem Preußentage zutage getreten sei.“ Diese Rede wurde wiederholt von allen Seiten von Beifall unterbrochen. Abg. Pilaum erklärte für die konservative Gruppe, daß der Abgeordnete Beckh, der vorher den General v. Kracht verteidigt hatte, nicht für die Partei, sondern nur für seine Person gesprochen habe.

Auch die „Bayrische Staatszeitung“, die von dem Rückzug des Generalleutnants z. D. v. Kracht loyal Kenntnis genommen, sagt jedoch:

„Was Herrn Generalleutnant v. Kracht betrifft, so hat er in ritterlicher Art das Mißverständnis aufgeklärt, das die über seine Aeußerungen verbreiteten Gerüchte hervorgerufen hatten, und auch Herr Superintendent Roedenbeck hat den Sinn seiner Worte richtiggestellt. Was aber sonst noch in verschiedener Richtung zu den Tagesfragen, die die Nation betreffen, hervorgebracht wurde, mußte teilweise fast **wie politischer Verfolgungswahn** anmuten, wie ein Krankheitssymptom, dessen schleunige Behebung im Interesse des Reichsganzen nicht dringend genug gewünscht werden kann.“

Und sie erklärt schon vorher:

„Es sind vielmehr nicht nur einzelne Aeußerungen, die gefallen sind, sondern die gesamte Grundnote, auf die die Veranstaltung gestimmt war, ist in Deutschland einem fast einmütigen Befremden begegnet. . . . Tendenzen aber und Anschauungen, wie sie auf der neulichen Versammlung des Preußenbundes zutage getreten sind, stehen in schroffstem Gegensatz zu den Grundlagen, auf denen das Reich aufgebaut ist. . . . Wird die Unübertrefflichkeit allzu laut verkündet, wird versucht, den Eindruck der eigenen Selbsteinschätzung durch Herabsetzung anderer zu verstärken, so muß dies verstimmend auf die übrigen Bewohner des stolzen Baues wirken, der sich Deutsches Reich nennt. . . . . und es ist nicht zuletzt der Süden des Reiches, der berechtigten Anlaß hat, gegen partikularistische Auswüchse solch bedenklicher Art, wie sie hier zum Staunen des ganzen deutschen Volkes zu verzeichnen gewesen sind, entschieden Einspruch einzulegen.“

Es ist das ja ziemlich deutlich. Bayern hat sich auch sofort an die Reichsregierung gewandt, und eine Depesche meldet uns:

München, 21. Januar.

Wie in bayrischen Regierungskreisen verlautet, wird im Reichstage, und zwar von seiten des Reichskanzlers und des Kriegsministers von Falkenhayn, zu den Angriffen auf die bayrische Armee am Berliner Preußentage Stellung genommen werden. Durch Hervorhebung der Taten der bayrischen Armee und der treuen Bundesgenossenschaft hofft die preußische Regierung den beleidigten Bayern Genugtuung zu geben.

Deutsches Reich.

Ein Systemwechsel in Mecklenburg?

In den leitenden Stellen der mecklenburgischen Behörden sind seit der letzten Ablehnung der Regierungsvorlage durchgreifende Veränderungen vorgenommen worden. Der einzige, der aus dem Ministerium Bossewitz bisher nicht demissionierte, der Staatsrat Dr. Langfeld, wird, wie man von zuverlässiger Quelle hört, die Leitung des Justizministeriums niederlegen, aber zum Ministerpräsidenten ernannt werden. Diese Veränderung soll der Absicht entsprechen, ein Reformministerium zu bilden, wie das Ministerium Lützow 1848. Dem Staatsrat Dr. Langfeld soll die Aufgabe zufallen, den Widerstand Preußens im Bundesrat gegen eine Abänderung der mecklenburgischen Verfassung auf dem Wege über das Reich zu beheben. Ob ihm dies bei dem großen Einfluß der mecklenburgischen Ritterschaft in den preußischen Aemtern gelingen wird, erscheint fraglich.

Herr v. Jagow als Tafelschmuck.

Unter dieser boshaften Aufschrift erzählt der „Roland von Berlin“: „Herr Dr. v. Jagow, der Polizeipräsident der deutschen Reichshauptstadt, ist der Held des Tages. Zum Festmahl der kommandierenden Generäle hatte ihn auf deren einstimmigen Wunsch der an der Spitze des Gardekorps stehende General der Infanterie Freiherr v. Plettenberg (allgemein, auch vom Kaiser „Plettenkarl“ genannt) eingeladen. Der Kronprinz hat jüngst zu seinen Ehren ein Diner gegeben, und als Herr v. Jagow an demselben Abend noch bei dem Liebesmahle eines Berliner Garderegiments erschien, ergriffen ihn die Leutnants, sobald er in die Tür zum Kasino trat, trugen ihn im Triumph hinein, stellten ihn auf den Tisch und brachten ein brausendes, dreimaliges „Hoch!“ auf ihn aus.“

Rücktritt Pastor D. Webers. Pastor D. Weber, der bekannte christlich-soziale Führer und Vorsitzende des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine, tritt am 1. Okt. d. J. in den Ruhestand.

Die Gebühren für Zeugen und Sachverständige. Die Kommission [illegible] die Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige [illegible] ließ eine Aenderung des Entwurfes dahin, daß der Zeuge für seine Zeitversäumnis nicht eine Entschädigung von 10 Pfg. bis zu 1 Mk., sondern von 30 Pfg. bis zu 1,50 Mk. für jede angefangene Stunde erhalten soll. Die Regierung behielt sich die Stellungnahme zu diesem Beschlusse noch vor.

Ausland.

Der alte Streit an General Picquarts Bahre.

Paris, 21. Januar.

Der Ministerrat unter dem Vorsitz des Präsidenten Poincaré beschloß, wie bereits kurz gemeldet, das Parlament um den notwendigen Kredit zu ersuchen, um den verstorbenen General Picquart auf Staatskosten beizusetzen. In der Kammer hat sogleich Kriegsminister Noulens um Bewilligung eines Kredits von 20 000 Frank für die Beisetzung. Noulens sagte dabei, der Entwurf wolle einen früheren Kriegsminister ehren, der in einer schweren Stunde dem nationalen Gewissen Ausdruck verliehen habe. Der Entwurf wurde darauf mit 358 gegen 114 Stimmen angenommen. Als Kriegsminister Noulens den Gesetzentwurf und das Abstimmungsresultat der Kammer betreffend die Bestattung des Generals Picquart auf Staatskosten dem Senat vorlegte, erhob sich ebenfalls auf der Rechten Lärm, auf der Linken Beifall. Die Vorlage wurde schließlich mit 224 gegen 30 Stimmen angenommen.

Die Familie des verstorbenen Generals hat jedoch

die nationale Leichenfeier abgelehnt.

Paris, 21. Januar.

Die Familie des Generals Picquart hat das Angebot eines Staatsbegräbnisses für den verstorbenen General als seinen letztwilligen Verfügungen nicht entsprechend abgelehnt.

Der Vetter des Dahingeschiedenen, der ehemalige Deputierte Gast, hat dazu erklärt, daß das Begräbnis auf jeden Fall heute stattfinden wird, selbst wenn nur er und die nächsten Familienangehörigen dem Sarge folgen sollten. Der Ministerpräsident und der Kriegsminister werden dem Leichenbegängnis beiwohnen, wobei lediglich die vorgeschriebenen Ehrenbezeugungen erfolgen sollen.

Der kriegerische Enver Pascha.

Der Konstantinopeler Korrespondent der „Neuen Freien Presse“ hatte eine Unterredung mit Enver Pascha. Auf die Frage, ob er an einen Krieg zwischen der Türkei und Griechenland wegen der Aegäischen Inseln glaube, antwortete der Kriegsminister, er habe nur die Aufgabe, das türkische Heer zu reorganisieren. Bezüglich der angeblichen Aktion Izzet Paschas in Albanien erklärte Enver: „Izzet Pascha sei nicht aktiver türkischer General, wenn er wirklich Absichten in Albanien gehegt hätte, hätte er da nicht schon längst in Albanien persönlich für seine Sache kämpfen müssen, anstatt in Konstantinopel zu bleiben? Die türkischen Offiziere in Albanien seien eben auch keine türkischen Offiziere mehr. Was sollte die Türkei in Albanien wollen? Es liege so weit, und wenn auch die Türkei die Absicht habe, von den verlorenen Gebieten möglichst viel wieder zurückzugewinnen, so habe sie derzeit viel näherliegende Sorgen.“

Diese Worte Enver Paschas bedeuten nicht mehr und nicht weniger als die unverhüllte Drohung, den Griechen und Serben die eroberten Gebiete wieder abjagen zu wollen. Immerhin wird man aber gut tun, die Worte des türkischen Kriegsministers der leicht den Mund etwas zu voll nimmt, nicht allzu tragisch zu nehmen.

Indische Offiziere von einem Soldaten erschossen. Aus Aden wird gemeldet: Der Oberst und ein eingeborener Offizier des indischen 109. Infanterie-Regiments das gegenwärtig hier stationiert ist, sind von einem eingeborenen Soldaten, der zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden war, erschossen worden.

Das unbeschränkte Inspektionsrecht Liman v. Sanders. Aus Konstantinopel wird berichtet: Die Befugnisse des Marschalls Liman v. Sanders werden als eine innere Angelegenheit der Türkei behandelt und deshalb im einzelnen nicht bekannt gegeben. Ueber den Umfang und die Ausübung seiner Befugnisse besteht ein völliges Einvernehmen zwischen dem Marschall und dem Kriegsminister. Marschall Liman übt unbeschränkte Inspektionsrechte aus und ist von seiner gegenwärtigen Stellung, die ihm eine freie Entfaltung der Reformarbeit erlaubt, sehr befriedigt. — Na ja! Daß eine derartige Erklärung erfolgen würde, ließ sich ja voraussehen. Das schwächt aber das Zurückweichen der Türkei und die Passivität der Reichsregierung gegenüber den Forderungen Rußlands nicht ab.

Halle und Umgebung.

Halle 22. Januar.

Die Steuererklärung.

Für wen gilt die Fristverlängerung?

Der preußische Finanzminister hat amtlich im „Reichsanzeiger“ bekannt gegeben, daß sowohl für die Abgabe der Vermögenserklärung zum Wehrbeitrag wie für die Einschätzung zur preußischen Einkommensteuer und zur preußischen Ergänzungssteuer der Termin bis zum 31. Januar verlängert worden ist. Die amtliche Bekanntmachung des Finanzministers lautet:

Vielfachen an mich herangetretenen Wünschen entsprechend, will ich die Frist für die Abgabe der Vermögenserklärung zum Wehrbeitrage (§ 36 Abs. 1 des Gesetzes über einen einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrag, § 13 der Ausführungsbestimmungen des Bundesrats, Artikel 7 der preußischen Ausführungsvorschriften), ferner gleichzeitig auch ausnahmsweise die Frist zur Abgabe der Steuererklärung bis zum 31. Januar 1914 verlängern. Diese Verlängerung gilt auch für die Abgabe der Vermögensanzeige.

Jetzt kommt plötzlich aus Köln die Erklärung des Vorsitzenden der dortigen Veranlagungskommission Regierungsrats Preuß, daß die Fristverlängerung zur Abgabe der Vermögenserklärung zum Wehrbeitrag und zur Abgabe der preußischen Steuererklärung, die vom Finanzminister zugestanden worden ist, sich nur auf die allgemeine Aufforderung bezieht und nicht auf diejenigen Steuerpflichtigen, die bisher nicht mit einem Einkommen von mehr als 3000 Mark veranlagt waren und die diesmal von der Veranlagungskommission eine besondere Aufforderung erhalten haben. Diese Steuerpflichtigen, die bisher nicht ein Einkommen von 3000 Mk. versteuern, von denen aber die Veranlagungsbehörde vermutet, daß sie ein Einkommen von mehr als 3000 Mk. haben, hätten also ihre preußische Steuererklärung bis zum 20. Januar abgeben müssen.

Diese verschiedenartige Behandlung der Steuerpflichtigen ging aus dem obigen Erlaß des Finanzministers nicht hervor. Und der Finanzminister bestätigt, daß die Auffassung des Kölner Vorsitzenden richtig ist. Es kann nach dem — wie man jetzt erfährt, unklaren — Wortlaut des Erlasses des Finanzministers kein Zweifel obwalten, daß die Steuerpflichtigen, die mit weniger als 3000 Mk. Einkommen veranlagt sind und diesmal eine besondere Aufforderung zur Steuererklärung erhalten haben, nicht zur Strafe herangezogen werden, wenn sie auch erst nach dem 20. Jan. ihre Steuererklärung einsenden. Für die Schuld des Finanzministers können die Steuerpflichtigen nicht haftbar gemacht werden. Nur muß die Steuererklärung unter allen Umständen spätestens am 31. Januar in den Händen der Steuerbehörde sein.

Der Generalpardon.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: In der Sitzung des Reichstages vom 16. Januar ist zur Sprache gebracht worden, daß in einigen Veranlagungsbezirken Preußens der den sogenannten Generalpardon behandelnde § 68 des Wehrbeitragsgesetzes dahin ausgelegt worden sei, daß die von den Besitzpflichtigen gemachten berichtigenden Angaben nur die Freiheit von Strafe und Nachsteuer für frühere Jahre, nicht aber auch für das laufende Steuerjahr 1913 zur Folge haben. Wenn einige preußische Veranlagungsbehörden sich auf diesen Standpunkt gestellt haben, so beruht dies Verfahren auf einer irrigen Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen, der der Finanzminister inzwischen durch eine Rundverfügung entgegengetreten ist.

Plenarversammlung der Landwirtschaftskammer

(Fortsetzung.)

Die Plenarversammlung beschloß ferner, den Herrn Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten zu bitten, über die in den Etat für das Rechnungsjahr 1914 eingestellten Staatsbeihilfen hinaus bewilligen zu wollen: I. Zur Förderung der Pferdezucht, und zwar: 1. zur Prämiierung von Pferden 3000 Mk., 2. zur Einführung von Zuchtpferden 2400 Mk., 3. zur Unterstützung an Pferdezuchtvereine 1000 Mk.; II. zur Förderung der Rindviehzucht im allgemeinen 9000 Mk.; III. zur Förderung der Ziegenzucht, und zwar: 1. zur Besoldung und zu den Reisekosten eines Ziegenzucht-Instruktors 2500 Mk., 2. zur Förderung der Ziegenzucht im allgemeinen 1000 Mk.; IV. zur Förderung der Kaninchenzucht 1000 Mk.; V. zur Förderung der Geflügelzucht 2000 Mk.; VI. zur Förderung der Waldkultur, und zwar zur Abhaltung von forstlichen Lehrgängen 600 Mk.; VII. zur Förderung des Obstbaues, und zwar zur Begutachtung von Obstanlagen 1000 Mk.; VIII. zur Förderung des Gemüsebaues, und zwar zu den Kosten der Geschäftsführung und zur Anstellung eines Beamten für den Ausschuß für Gemüse- und Gartenbau 3000 Mark, zur Förderung des Feldgemüsebaues 2000 Mk., im ganzen also 28 500 Mk. Hierauf stimmte die Versammlung dem gesamten Etat zu.

Der Präsident berichtete darauf über die vollzogenen Neuwahlen von Kammermitgliedern für die Zeit vom 1. April 1914 bis 31. März 1920. Bei der sich anschließenden Neuwahl des Vorstandes wurden das Präsidium und die Vorstandsmitglieder durch Zuruf wiedergewählt, ebenso die Mitglieder mit beratender Stimme. Neu hinzugewählt wurde als beratendes Mitglied Graf Hohenthal-Döllau. Bei der Wahl der Mitglieder für die Ausschüsse wurden die bisherigen Mitglieder fast sämtlich wiedergewählt, außerdem wurde ein Ausschuß für Gärtnerei neu zusammengesetzt.

Als Mitglieder zum deutschen Landwirtschaftsrat und zum königlichen Landesökonomiekollegium für 1914—1916 wurden gewählt als ordentliche Mitglieder Graf von der Schulenburg-Hehlen und Landesökonomierat von Nathusius, als Stellvertreter Landesökonomierat Dr. Rabe und Oekonomierat Wesche.

Ferner wurde ein Wasserbeirat von 4 Mitgliedern für die Begutachtung wichtiger wasserwirtschaftlicher Fragen gewählt.

Darauf faßte die Plenarversammlung folgenden Beschluß über die

Errichtung eines Ausschusses für Gemüse- und Gartenbau:

„Die neunzehnte ordentliche Plenarversammlung erkennt die in dem Erlaß des Herrn Landwirtschaftsministers vom 28. Jan. 1913 betonte Interessengemeinschaft zwischen Landwirtschaft, Gemüse- und Gartenbau an. Sie ist mit der Errichtung eines Ausschusses für Gemüse- und Gartenbau zum Zwecke der Förderung dieser Betriebszweige einverstanden und erklärt sich bereit, die für die Arbeiten dieses Ausschusses zunächst erforderlichen Gelder auf den Etat zu übernehmen und vom Herrn Minister einen Zuschuß von 3000 Mk. zu erbitten. Hierbei gibt sie aber der Erwartung Ausdruck, daß für die Zukunft die für die besondere Förderung des Garten- und Gemüsebaues sowie die zur Vertretung der besonderen Interessen dieser Berufsstände nötigen Gelder, soweit nicht staatliche Mittel bewilligt werden sollten, von den Interessenten selbst aufgebracht werden.“

Es folgte dann die Beratung über die weitere Ausge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140122013/fragment/page=0003

staltung des Amtsblattes der Landwirtschaftskammer. Das Referat hatte Dr. Lienau übernommen. Er wies darauf hin, daß mancherlei nicht unberechtigte Vorwürfe gegen die Wochenschrift erhoben seien; unbestreitbar sei, daß das Blatt mit der Entwickelung der Landwirtschaft und der Kammer nicht gleichen Schritt gehalten habe. Die amtlichen Bekanntmachungen und die Anfrage haben den landwirtschaftlichen Teil fast erdrückt. Bisher hat das Blatt ohne Zuschuß der Landwirtschaftskammer sich selbst erhalten können, bei einer Erweiterung des Inhalts ist eine Unterstützung nicht zu entbehren. Aus diesem Grunde empfiehlt der Referent der Plenarversammlung die Annahme folgender Entschließung:

„Die neunzehnte ordentliche Plenarversammlung beschließt in Anerkennung der Bedeutung, welche eine wohlausgestattete Wochenschrift als Amtsblatt der Landwirtschaftskammer für die Förderung aller Betriebszweige der Landwirtschaft im allgemeinen und des landwirtschaftlichen Vereinswesens im besonderen hat, für das laufende Jahr aus den Reserven der Landwirtschaftskammer zur weiteren Ausgestaltung der Wochenschrift im Bedarfsfalle eine Summe bis zu 10 000 Mk. zur Verfügung zu stellen. Dies tut sie aber nur unter der Bedingung, daß für die Zukunft von den landwirtschaftlichen Vereinen für sämtliche Mitglieder ohne Ausnahme die Wochenschrift bezogen und für die Versendungs- und Herstellungskosten statt wie bisher 1 Mk. ein Gesamtbetrag von 2 Mk. für das Exemplar und für das Jahr bewilligt wird."

Nach längerer Diskussion wurde diese Entschließung angenommen.

Weiter faßte die Plenarversammlung in Hinsicht auf die

landwirtschaftliche Ausstellung

folgenden Beschluß:

„Die neunzehnte ordentliche Plenarversammlung erklärt sich mit der Veranstaltung einer landwirtschaftlichen Provinzialausstellung im Jahre 1915 aus Anlaß des 100jährigen Bestehens der Provinz Sachsen einverstanden. Sie stellt dem Vorstand außer dem auf 14 000 Mk. angesammelten Provinzialschaufonds noch 20 000 Mk. aus den Reserven der Kammer mit der Maßgabe zur Verfügung, daß der zwanzigsten ordentlichen Plenarversammlung im nächsten Jahre ein eingehender Voranschlag zur Genehmigung vorgelegt wird."

Der Ort der Ausstellung bleibt späterer Vereinbarung und der Beschlußfassung durch den Vorstand vorbehalten.

Die Tagesordnung wird am Donnerstag vormittag fortgesetzt werden.

Der Verein für Feuerbestattung in Halle und Umgebung (E. V.) hielt am Montag im großen Saal des Restaurants St. Nicolaus seine diesjährige Hauptversammlung ab. Nachdem der Vorsitzende, der wissenschaftliche Lehrer Herr Waldstein die zahlreich Erschienenen begrüßt hatte, ging er zur Erstattung des Jahresberichts über. Ein Rückblick zeigt, daß dem Vorjahre gegenüber ein schöner Fortschritt zu verzeichnen ist. Es gibt in Deutschland nunmehr 40 Krematorien; im vergangenen Jahre wurden sechs neue eröffnet. Die Zahl der Einäscherungen hat im Vorjahr die Höhe von 10 000 überschritten. Auch in dieser Kulturfrage steht Deutschland an der Spitze aller europäischen Kulturstaaten und wird von den außereuropäischen Staaten nur von Japan übertroffen. In ihrem Anteil an der Feuerbestattung differieren die einzelnen Bundesstaaten stark. Preußen steht in dieser Beziehung noch am weitesten zurück. So lange das rigorose preußische Feuerbestattungsgesetz nicht beseitigt ist, wird die Bewegung immer gehemmt sein. Es wurden vom Vorstand des Vereins im Herbst des abgelaufenen Jahres zwei Petitionen, eine im Reichstag, die andere im Abgeordnetenhaus, in dieser Angelegenheit eingebracht, die aber noch der Erledigung harren. Das Andenken des verstorbenen Ehrenvorsitzenden der deutschen Bestattungsvereine, Dr. Brackenhöft-Hamburg, wurde durch Erheben von den Sitzen geehrt. Die Zahl der Mitglieder ist von 1033 im Vorjahr auf 1187 gestiegen. Sodann entwarf der Vorsitzende ein Bild der reichen Tätigkeit des Vorstandes. Zur Rechnungslegung ergriff der Kassierer, Herr Kaufmann Johann Hofmeister das Wort. Ihm wurde Entlastung erteilt. Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf Satzungsänderungen. Es wurden einige Richtigstellungen und redaktionelle Aenderungen vorgenommen, die beim Neudruck der Vereinssatzungen berücksichtigt werden sollen. Infolge der stetigen Zunahme der Mitgliederzahl wird beschlossen, den Vorstand zu erweitern, indem der bisherige kooptierte dritte Vorsitzende in den Vorstand gewählt wird; der Vorstand setzt sich nunmehr aus 10 Mitgliedern zusammen. Es wurde sodann zur Wahl des Vorstandes geschritten. Herr wissenschaftl. Lehrer Waldstein wurde durch Zuruf zum 1. Vorsitzenden wiedergewählt. Es wurden ferner Anträge auf Wiederwahl des gesamten Vorstandes vorgebracht, die einstimmig angenommen wurden. Auch die beiden Kassenrevisoren; die Herren Gerichtssekretär Bruß und Kanzleisekretär Behse, wurden wiedergewählt. Hierauf wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

Der Akademische Gesangverein Askania (im Sondershäuser Verbande) veranstaltet unter Leitung seines Dirigenten Herrn Kgl. Universitätsmusikdirektors Rahlmes am 16. Februar, abends 8 Uhr, im Stadtschützenhause ein öffentliches Konzert, dessen Programm sich aus Werken lebender Komponisten zusammensetzen wird.

Kirchliche Nachrichten.

Synagogengemeinde. Freitag nachm. 4¾ Uhr und Sonnabend vorm. 9 Uhr Gottesdienst und Predigt

Provinzial-Nachrichten.

Hohe Belohnung auf Auffindung eines Kindes.

Hannover, 21. Jan. Der Regierungspräsident hat eine hohe Belohnung ausgesetzt auf die Wiederauffindung der fünfjährigen Tochter des Arbeiters Wildhagen. Es wird angenommen, daß das Kind einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Die Laubengärten Hannovers wurden von 300 Soldaten mit Polizeihunden abgesucht. Es wurde keine Spur von dem Kinde gefunden.

L. **St. Petersberg** b. Halle, 20. Jan. (Pfarrstelle.) Die durch die Versetzung des Pfarrers Block nach Krosigk frei gewordene hiesige Pfarrstelle ist nunmehr durch die Kirchenbehörde ausgeschrieben worden. Sie gewährt einen Grundgehalt von 7400 Mk. Besetzung durch das Konsistorium.

(**Radewell**, 20. Jan (Pfarrvertretung.) Die durch den Tod des Herrn Pastors Werner vakant gewordene Pfarrstelle wird lange Zeit unbesetzt bleiben, da die sogen. Gnadenzeit für die Witwe bis zum 1. September dauert. Vom Herrn Superintendenten ist daher ein Kuratur-Plan aufgestellt worden, wonach die allgemeine Pfarrverwaltung Herr Pastor Balthasar-Ammendorf hat; die Beerdigungen besorgt Herr Hilfsprediger Hübner, den Konfirmandenunterricht erteilt Herr Pastor Deckert-Lochau, der dann auch die Konfirmation halten wird, und zwar am Sonntag Judica. Vom Königl. Konsistorium ist gewünscht, daß möglichst selten Lesegottesdienst stattfinden soll; daher ist Herr Pastor emer. Schuster-Halle bestellt worden, um alle 14 Tage zu predigen. An den übrigen Sonntagen predigen die Pfarrer der Ephorie Halle-Land I abwechselnd: sie vollziehen auch diejenigen Taufen und Trauungen, die im unmittelbaren Anschluß an den Gottesdienst stattfinden können. Die Besetzung der Stelle, die mit einem Einkommen von 11 600 Mark verbunden ist, erfolgt diesmal durch Gemeindewahl.

Nietleben, 20. Jan. (Der Wehrkraftverein Jungdeutschland) hierselbst beging im überfüllten Saale der „Grünen Tanne" eine wohlgelungene Kaisers Geburtstagsfeier. Rektor Hebell wies in seiner Begrüßungsansprache auf die rege Tätigkeit des Vereins im vorigen Jahre hin, auf die Stiftung der Fahne und erbat von den Familien noch mehr Unterstützung, wie dies von den nationalen Vereinen in reichem Maße geschieht. Das von ihm als Vorsitzenden der Jugendpflege ausgebrachte Kaiserhoch wurde begeistert aufgenommen. Nach dem patriotischen Märchenspiel „Der Zwergenkrieg" ergriff Reg.-Sup. Reich-Halle, der als Führer mit der Abteilung „Moltke" anwesend war, das Wort zu seinem kernigen Vortrag: „Nationale, soziale und kulturelle Aufgaben des Wehrkraftvereins". Immer lauter müsse man rufen: „Das Vaterland über die Partei, besonders in der Jugendpflege, zum Wohle des Vaterlandes." In beredten Worten zeigte er, daß der Wehrkraftverein nationale, soziale und kulturelle Erziehungsarbeit leiste, die nichts mit dem Hurrapatriotismus zu tun habe. Angewandte militärische Uebungen, Heimatpflege, körperliche Ertüchtigung, das sind die Hauptaufgaben. Der seit 10 Jahren in der Jugendpflege tätige Abteilungsleiter empfahl noch die Anschaffung von wirklich künstlerischen Wehrschaumarken zum Besten des Wehrkraftvereins. Die lebenden Bilder, das Stück „Kaiserliche Huld", sowie der beifällig aufgenommene Mädchenreigen zeugten von dem Können des Vereins.

Mansfeld, 21. Jan. (Goldene Hochzeit.) Montag feierte unser Stadtältester, der Rentner, frühere Messerschmiedemeister Karl Martin mit seiner Ehefrau das Fest der goldenen Hochzeit. Der Jubelbräutigam, der viele Jahre als Stadtverordneter und Magistratsmitglied tätig war, ist 77, die Jubelbraut 74 Jahre alt. Herr Superintendent Gerloff überreichte dem

Mücheln, 19. Jan. (25jährige Bundesfeier.) Am gestrigen Tage hielt der Zweigverein des Evangelischen Bundes für den Kirchenkreis Mücheln unter erfreulicher Teilnahme aus Stadt und Land seine 25. Jahresfeier hier ab. Hervorgegangen aus einer tatkräftigen Anregung des verstorb. Sup. Schuster-Oschersleben, damals Pfarrer in Schnellroda, gehört der Zweigverein mit seiner verhältnismäßig stattlichen Zahl von 287 Mitgliedern zu den ältesten Zweigvereinen unserer Provinz. Im Festgottesdienst hielt der um die Begründung des Zweigvereins verdiente damalige Mücheln'sche Superintendent Möller, jetzt Pfarrer in Langenweddingen, auf Grund von Röm. 1, 16 die Festpredigt und legte den evangelischen Grund aus Bibelwort in erhebender Weise dar. Die Kollekte am Ausgang erbrachte 50 Mk. für die Bundesarbeit. Die sich anschließende Festversammlung im Deutschen Hofe eröffnete der derzeitige Vorsitzende, Sup. Hellwig-Mücheln mit einem Kaiserhoch und erörterte darauf die Aufgaben und Ziele des Evangelischen Bundes. Den Kassenbericht erstattete der langjährige Schatzmeister, P. Herzog-Mücheln, und schloß daran einen lebensvollen Rückblick auf die 25jährige Tätigkeit des Zweigvereins. Von den Ueberschüssen wurden bewilligt: 20 Mk. für den Kirchenbau in Rom, 20 Mk. für die Los-von-Rom-Bewegung, 15 Mk. für die Eichsfelder Diaspora und 15 Mk. für den Ev.-Soz. Preßverband. In den Vorstand wurde an Stelle des 1913 verstorbenen Kammerherrn v. Helldorff-St. Ulrich, der die Bundessache auf alle Weise tatkräftig unterstützt hat, sein ältester Sohn, Kammerjunker Dr. von Helldorf-St. Ulrich, gewählt. Für die Hauptversammlung 1914 in Mühlhausen wurden abgeordnet: Apotheker Wirtgen-Mücheln, Lehrer Schmidt-Schmirma und P. Knolle-Zorbau. Persönliche Eindrücke von der Hauptversammlung 1913 in Halberstadt bot Lehrer Müller-Mücheln. Im 2. Teil der Feier hielt Dir. Swierczewski-Halle einen Vortrag über „Evangelischer Bund und Gemeinde", worin er die engen und innigen Beziehungen, die von Anbeginn zwischen Bund und Kirche bestanden haben, des näheren beleuchtete und auf die Verpflichtungen der Bundesmitglieder hinwies, sich mit Wort und Tat am kirchlichen Gemeindeleben zu beteiligen. Prächtige Chorgesänge umrahmten die einzelnen rednerischen Darbietungen der wohlgelungenen Feier.

w. **Eisleben**, 20. Jan. (Die Entlassungsprüfung) am hiesigen Lehrerseminar, die zwerst im März abgehalten werden sollte, beginnt aus verwaltungstechnischen Gründen bereits am 5 Februar und die mündliche am 11. Februar.

Dommitzsch, 21. Jan. (Feuer.) Heute nacht gegen 3 Uhr wurden die Bewohner unserer Stadt durch den dumpfen Klang der Sturmglocke und die langgezogenen Signale der Nebelhörner unserer Feuerwehr alarmiert. In der Scheune des Landwirts Karl Schuster, Leipzigerstraße 8, war ein Feuer ausgebrochen, welches an den in der Scheune lagernden Heu-, Stroh- und Ernte vorräten reiche Nahrung fand, so daß in kurzester Zeit das ganze Gebäude ein Flammenmeer bildete. Die Gebäude brachen prasselnd in sich zusammen und das Feuer sprang auf das anstoßende Stallgebäude über. Das Vieh konnte noch rechtzeitig gerettet werden. Die Scheune ist vollkommen zerstört und der Stall ausgebrannt.

Kunst und Wissenschaft.

Maler Carciano † Der Maler Filippo Carciano ist in Mailand gestorben. Er war der Hauptvertreter des lombardischen „Verismus" und stand im 74. Lebensjahre. Carciano war Schüler des Historienmalers Hayez. Sein Einfluß auf die junge lombardische und venetianische Malergeneration war groß. Unter anderen hat auch Segantini in seiner frühen Mailänder Zeit manche Anregung von Carciano erfahren.

Preisaufgabe. Die Psychologische Gesellschaft zu Berlin hat beschlossen, eine Preisaufgabe zu stellen. Als Thema ist gewählt. „Beziehungen zwischen der intellektuellen und moralischen Entwickelung Jugendlicher". Der Umfang der Arbeit soll 14 Bogen nicht überschreiten. Sollten jedoch die Untersuchungstabellen besonders umfangreich werden, so ist ein Ueberschreiten dieser Grenze zulässig. Die Arbeiten müssen bis zum 1. Juni 1915 abgeliefert sein; die Ablieferung hat stattzufinden bei dem Vorsitzenden der Psychologischen Gesellschaft, Herrn Sanitätsrat Dr. Albert Moll, Berlin W. 15, Kurfürstendamm 45. Um das Namensgeheimnis zu wahren, sollen die Arbeiten an der Spitze ein Stichwort enthalten. Dieses Stichwort soll mit der genauen Adresse des Bearbeiters in einem versiegelten Kuvert der Arbeit beigefügt werden. Die Arbeiten müssen mit Schreibmaschine geschrieben sein. Der ausgesetzte Preis beträgt 750 Mk.; eine Verteilung der Summe auf mehrere Arbeiten ist zulässig. Preisrichter sind die Herren Professor Dr. Neumann in Hamburg, Sanitätsrat Dr. Albert Moll in Berlin und Professor Dr. William Stern in Breslau. Die Preisverteilung findet nach Mehrheitsbeschluß statt, doch steht in besonderen Fällen jedem Preisrichter ein Einspruchsrecht zu. Die Psychologische Gesellschaft hat das Recht, die Arbeit oder die Arbeiten, denen ein Preis zuerkannt ist, in ihr Eigentum übergehen zu lassen und in ihren Gesellschaftsschriften zu veröffentlichen. Alle Anfragen über Einzelheiten der Aufgabe sind an Herrn Sanitätsrat Dr. Albert Moll, dessen Adresse oben angegeben ist, zu richten.

Theater und Musik.

Bühnenchronik.

„Zwischen Lipp' und Bezhersrand", ein neues Drama von Richard Schott, wurde zur Uraufführung am Städt. Schauspielhause in Hagen i. W. für die nächste Spielzeit erworben.

Die Opernsängerin Hermine Bosetti ist in Newchatel an Diphtheritis erkrankt und nach München gebracht worden. Die Künstlerin hat deshalb alle ihre Gastspiele vorläufig absagen müssen.

Ueber Theaterkritik. Im Deutschen Lyceumclub zu Berlin sprach dieser Tage Fritz Engel über Theaterkritik. In fesselnden Worten erzählte er den Zuhörern, welche hohen Anforderungen ein seriöser Theaterkritiker an sich selbst stellen müsse. Der Beruf verlangt von ihm ein sechsfaches Auge, ein sechsfaches Gefühl, damit er jedesmal ein sechsfaches Bild gebe, das sich zu drei Gruppen zusammenschließe, und zwar von Stück und Autor, von Regie und Darstellung, vom Publikum und von sich selbst. Er verlangt, daß der Kritiker Stück und Autor nicht trenne, sondern beide kritisch würdige, daß er im Autor, Regisseur und Schauspiel die Eigennote aufsuche. Der Vortragende betrachtet es nicht als Aufgabe der Kritik, absolute Urteile abzugeben, sondern Urteilsfähigkeit zu erzwingen, das Publikum dazu zu erziehen. Die Kritiker seien nicht da, um öffentliche „billets doux" zu schreiben, sondern um nach bestem Wissen und Gewissen die Wahrheit zu sagen, unbestechlich und scharf. Großer Beifall seitens des distinguierten und zahlreich erschienenen Publikums folgte den anziehenden Ausführungen des aus persönlichen Erfahrungen schöpfenden Redners.

Luftschiffahrt.

Todessturz eines Militärfliegers.

München, 21. Januar.

Heute vormittag ist auf dem Flugplatz der Fliegerstation Schleißheim der Unteroffiziersflieger Schweißer von Nürnberg beim Nehmen einer Kurve aus 35 Meter Höhe abgestürzt und sofort getötet worden. Der Apparat ist völlig zertrümmert.

Letzte Depeschen.

Die Kruppaffäre vor dem Oberkriegsgericht.

Berlin, 21. Januar.

Heute abend wurde vom Oberkriegsgericht das Urteil gegen Kilian und Genossen verkündet. Es lautet: gegen Schleuder und Hinst auf je 6 Wochen, gegen Hoge auf 3 Wochen verschärften Stubenarrest, gegen Schmidt auf 4 Wochen gelinden Arrest, gegen Tilian wird das Verfahren zum Teil eingestellt, zum Teil erfolgte Freispruch, Pfeiffer wurde freigesprochen.

Die „Kölnische Zeitung" über die deutsche Militärmission.

Köln, 21. Januar.

Ein aus Berlin datierter Artikel der „Kölnischen Ztg." beschäftigt sich mit der deutschen Militärmission. Einleitend wird betont, daß die Mission nicht ein Gedanke der deutschen Politik, sondern ein Wunsch der Pforte war, was ein Blick auf die Entstehungsgeschichte beweise: Im Mai 1913 ersuchte der Großwesir Mahmud Pascha den deutschen Botschafter Fhrn. v. Wangenheim, der deutschen Regierung die Bitte um Entsendung eines deutschen Generals nach der Türkei zu unterbreiten. Der General sollte mit weitgehenden Befugnissen in allen militärischen Fragen ausgestattet werden, an der Spitze der deutschen Reformer stehen und die gleichmäßige Durchführung der Reformen in der türkischen Armee sichern. Nach Prüfung dieses Wunsches kam man zu dem Schlusse, daß man ihn nicht ablehnen könne, in erster Linie deshalb nicht, weil er sonst sofort von anderer Seite angenommen worden wäre, und man bezeichnete den Nachfolger des inzwischen ermordeten Großwesirs Mahmud Schefket Pascha, Said Halim, den General Liman als für die von den Türken gestellte Aufgabe besonders geeignet. Die Frage der diesem General zu erteilenden Machtbefugnisse wurde von den leitenden türkischen Kreisen mit großem Interesse behandelt, und zwar namentlich mit Rücksicht darauf, daß es den früheren Instruktoren an der notwendigen Autorität für ihre Arbeit mangelte. Von Berlin aus ist die Frage der Kommandogewalt des Generals Liman von Anfang an nicht als solche unseres Prestiges oder unserer politischen Geltung behandelt worden, sondern nach den Gesichtspunkten der militär-technischen Zweckmäßigkeit. Maßgebend war der Gedanke, daß der deutsche General Befugnisse haben müsse, die eine Durchführung seiner Reformarbeit verbürgten. Dabei ist auch sicher von deutscher Seite nicht vergessen worden, daß die politische Stellung Deutschlands in Konstantinopel nicht durch Erfolge oder Nichterfolge dieser Mission berührt werden dürfe.

Venizelos bei Sir Edward Grey.

London, 21. Januar.

Ministerpräsident Venizelos blieb eine Stunde bei Sir Edward Grey, der mit ihm das Thema: Regelung der Balkanangelegenheiten, besprach. Darauf besuchte er verschiedene Vertreter anderer fremder Mächte.

Streik der Kohlenträger und Fuhrleute.

London, 21. Januar.

Hier sind heute die Kohlenträger und Fuhrleute in der Zahl von 7—10 000 in den Ausstand getreten, um höhere Löhne zu erzwingen. Von dem Streik werden ca. 200 Kohlenfirmen betroffen.

Die Liegestelle des „A. 7" gefunden.

Plymouth, 21. Januar.

Nach fünftägigem Suchen am Unfallort gelang es, die Liegestelle des gesunkenen Unterseebootes „A 7" festzustellen.

Metallarbeiterstreik in Lissabon.

Lissabon, 21. Januar.

Die Metallarbeiter und einige andere Gewerkschaften haben die Arbeit heute niedergelegt. Das Personal der Eisenbahnen im Nordosten hat die Arbeit wieder aufgenommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140122013/fragment/page=0004

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) Filiale Halle a. S.,
Alte Promenade 3, gegenüber dem Stadttheater
Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark.

Vermischtes.

Vom Laufjungen zum Reichsgründer.

Der Schöpfer der Canadian Pacific-Bahn †

London, 21. Januar.

Vierundneunzig Jahre alt ist heute morgen gegen 2 Uhr der „Große Mann von Kanada", Lord Strathcona and Mount Royal, gestorben.

Man hat es dem Staatsmanne, den England zu seinen „empire builders", seinen Reichsgründern, zählt, an der Wiege wahrlich nicht vorgesungen, daß er als einer der angesehensten, verehrtesten und — reichsten Männer im britischen Reich seine Tage beschließen würde. Er begann als einfacher Laufjunge, arbeitete sich die ganze Stufenleiter bis zu den höchsten Stellungen an dieser Gesellschaft empor, wurde Gouverneur und Regierungskommissar, und als die Hudsonbai-Gesellschaft ihre Selbständigkeit aufgab und ihre Gerechtsame an die englische Regierung abtrat, gründete er die Bank von Montreal, mit deren Hilfe er das Riesenwerk der Canadian Pacific-Bahn durchführte. Unermüdlich für den Aufschwung Kanadas tätig, trägt er das Hauptverdienst an dem ungeheuren Fortschritt, den Kanada in den letzten 60 Jahren aufzuweisen hat. Das Riesenvermögen, das er sich im Laufe der Jahre erworben hatte, wandte er zu erheblichem Teile wissenschaftlichen und erzieherischen Zwecken zu, so daß man ihm den Beinamen „der kanadische Carnegie" gab. — Lord Strathcona war 1910 Ehrengast bei der Hundertjahrfeier der Berliner Universität.

Das Feuer im Duisburger Hafen. Zu dem Großfeuer im Duisburger Parallelhafen wird noch gemeldet: Der Brand entstand durch Kurzschluß der elektrischen Leitung und sprang infolge des starken Windes in wenigen Minuten auf mehrere Schuppen über, in denen Naphthalinfässer und sonstige brennbare Stoffe lagerten. Schließlich wurden noch drei weitere Schuppen, die mit gepreßten Papierballen, Kaffee und anderen Kolonialwarenvorräten gefüllt waren, vom Feuer erfaßt. Die Feuerwehr hatte einen schweren Stand. Die Hydranten waren vereist, und als endlich Wasser beschafft war, stand ein weiteres Naphthalin- und Oellager in hellen Flammen. Das Feuer dauerte bis zum frühen Morgen. Der Schaden ist sehr groß; eine Firma gibt die Höhe des Schadens, der sie betroffen, allein auf 1 Million Mark an.

Hochzeit im Hause Ganghofer. Mittwoch feierte die jüngste Tochter Sophie des Dichters Ludwig Ganghofer in München ihre Hochzeit mit dem Großindustriellen Dr. Thörl aus Harburg bei Hamburg. Dienstag nachmittag fand in dem vornehmen Münchener Heim der Brauteltern großer Empfang statt, an dem etwa 300 Personen teilnahmen, darunter viele bekannte Namen der literarischen und künstlerischen Kreise.

Ein russischer Millionär als „Familienvater". Der Moskauer Millionär Pupyschow behandelte seine erwachsenen Kinder derart roh, daß er sie in den Tod trieb. Vor ein paar Jahren beging einer seiner Söhne Selbstmord, dann unternahm eine Tochter, vor kurzem ein zweiter Sohn einen Selbstmordversuch; seine Frau schickte dem Schwiegervater aus Rache am russischen Neujahr einen Sarg und vergiftete sich. Ihr Zustand ist hoffnungslos.

Oeffentlicher Wetterdienst.

Dienststelle Ilmenau.

Mittwoch, 21. Januar, 8 Uhr morgens.

Luftdruckverteilung und Wetterlage in Europa.

Das Hoch hat an Stärke verloren und ist durch das verstärkte Tief im hohen Norden etwas nach Süden verschoben worden. Doch wird die Wetterlage auch ferner durch das Hoch bestimmt.

Witterungsaussicht für den 22. Januar:

Meist bedeckt, vorwiegend trocken, Temperatur wenig verändert, schwache Luftbewegung.

Wetterwarte zu Hamburg.

Auf Grund der Depeschen des Reichs[illegible]

(Nachdruck verboten.)

22. Januar: Ziemlich milde, lebhafte Winde, veränderlich
23. Januar: Bedeckt, trübe, mäßiger Frost.
24. Januar: Meist bedeckt, trübe Frost.

*

 # Oberhof in Thür., 21. Januar. Schneehöhe 130 Ztm. 11 Grad Kälte. Sportverhältnisse sehr gut.

Handel, Gewerbe u. Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.")

3 Uhr 10 Minuten. Kredit 203,37, Diskonto 190,50, Deutsche Bank 252,12, Türkenlose 169, Lombarden 22, Kanada 219, Laurahütte 156,12, Bochumer Guss 221, Gelsenkirchen 192,12, Harpener 183,75, Deutsch-Luxemburg 136, Phönix 239,12, A. E.-G. 240,12, Hamburger Paketfahrt 137,12, Nordd. Lloyd 117,75, Hansa 285,75. Tendenz: Befestigt.

Am Kassamarkt notierten höher: Reichelbräu 3, Zellstoff Waldhof 2,60, Kottbuser Maschinen 5,75, Dresdner Gasmotoren 2, Egestorff Maschinen 2, Freund Masch. 2, Buckau chem. Fabrik 2, Leipziger Werkzeug 6, Gladbacher Wolle 4, Hugo Schneider 2,50, Zeitzer Masch. 3,50, Nordd. Steingut 4, Kahla Porzellanfabrik 4, Lindener Weberei 6,50, Th. Goldschmidt 6,75, Griesheim Elektron 2, Niederlausitzer Kohlen 2,50, Roddergrube 4,50, Schimmel & Co. 2,75; niedriger: Gebhardt & König 2, Augsburg-Nürnberg 3,25, Bremer Vulkan 2, R. Frister 2,75, Vogtländ. Masch. 7,50, Köhlmann Stärke 3, Rauchwaren Walter 2,50, Striegauer Bürstenfabrik 2, Rhein. Möbelstoff 2,40, Hohenlohe-Werke 5,50, Mülheimer Bergwerk 2,50, Rhein-Nassau 2,15, Thomée 4,50, Dürkopp, junge 3, Rhein. Gerbstoff 3, Kyffhäuserhütte 2, Naphtha 4.

Zum Kurszettel. Berlin, 21. Januar. 4% Badische Staats-Anleihe 08/09 unk. 18 96,80 G. 4% Bayrische Staats-Anl. 96,70 G. 4% Bayrische Staats-Anleihe 08 unk. 1918 96,50 G. 4% Schwarzburg-Sondershausen — —. 3½% Württemb. Staats-Anleihe 81-83 — —. 4% Kameruner Eisenbahn-Anteile — —. 3½% Deutsch-Ostafrikanische Schuldverschr. gar. — —. 4% Cottbuser Stadt-Anleihe 1900 96,70 G. 4% Darmstädt. Stadt-Anl. 1909 unk. 18 — —. 3½% Dessauer Stadt-Anleihe 1896 — —. 4% Düsseldorfer Stadt-Anleihe 1900, 07, 08, 09 94,50 b. 4% Jenaer Stadt-Anl. 1900 — —. 3½% Jenaer Stadt-Anl. 1902 — —. 4% Nordhäuser Stadt-Anleihe 1908 unkv. 1919 — —. 4% Quedlinburger Stadt-Anleihe 1903 unk. 1918 — —. 4% Thorner Stadt-Anl. 1900, 06, 09 93,50 G. 4proz. Hessische Komm.-Obl. X-XII 96,70 G. 3½% Oesterreichische Nordwestbahn-Obligationen 1874 konv. — —. 4½% Deutsche Solvay-Werke — —. 4½% Elberfelder Farben unk. 1917 100 G. Felten & Guilleaume-Lahmeyer 03. 13 97,7 b. Vereinigte Lausitzer Glashütten 179,50 b.

Londoner Börse vom 21. Jan. Es notierten: Engl. Konsols 7 [illegible], Rio Tinto 69,3[illegible], Geduld [illegible], Goldfields 2[illegible], Steel com 35,7[illegible], Steel prefs. —, Rand Mines 7,78, Anaconda 7,37, Eastrand [illegible], Chartered 0,[illegible], Aurora West 0,10, Cinderella Cons 0,28, Johannesburg Goldfields 0,69, Van Ryn 3,43, Albus (Generals) 0,53, Rand Collieries 0,1[illegible], West Rand Consols [illegible]6, General Mining & Fin [illegible], A. Görz & Co. [illegible], Modderfontain 12,06.

Der Kali-Kuxenmarkt.

Berlin, den 21. Januar

	Kauf	Verk.		Kauf.	Verk.
Alexandershall	7650	7900	Hüpstedt	2875	2475
Bergmannssegen	5300	5500	Johannashall	2850	3000
Bernsdorf	—	—	Justus-Aktien	75%	77%
Burbach	3[illegible]	1600	Kaiseroda	[illegible]	9[illegible]
Buttlar	[illegible]	[illegible]	Krügershall	105%	107½
Carlsfund	4[illegible]	42[illegible]	Mariaglück	1[illegible]75	15[illegible]0
Carlsglück	4[illegible]5	4[illegible]5	Max	[illegible]	[illegible]
Fallersleben	[illegible]	1[illegible]	Neusollstedt	2[illegible]	3[illegible]
Felsenfest	[illegible]	5[illegible]	Neustassfurt	[illegible]	[illegible]
Glückauf	6[illegible]	[illegible]	Reichenhall	11[illegible]	12[illegible]
Günthershall	4[illegible]	[illegible]	Richard	—	
Hansa-Silberberg	[illegible]	470	Ronnenberg	65%	67%
Hedwig	11[illegible]5	12[illegible]	Rothenberg	210	215
Heiligmühle	—	[illegible]75	Salzdetfurth	3[illegible]5%	— %
Heiligenroda	9[illegible]	94[illegible]	Teutonia	[illegible]9%	61%
Heldburg	31½	[illegible]	Thüringen	—	—
Heldrungen	[illegible]	7[illegible]	Walter	126[illegible]	[illegible]75
Hera-Neurungen	2050	[illegible]	Wilhelmine		
Hohenfels	577[illegible]	5[illegible]75	Wilhelmshall	7105	7600
Hugo	78[illegible]	[illegible]	Wintershall	17250	18[illegible]

Diskontherabsetzung bei der Reichsbank?

Berlin, 21. Jan. Der Zentralausschuss der Reichsbank ist auf morgen vormittag einberufen. Es handelt sich um eine Diskontherabsetzung.

Chemnitz, 21. Jan. In der heutigen 18. ordentlichen Generalversammlung der Wanderer-Werke vorm. Winklhofer & Jänicke Akt.-Ges. in Schönau bei Chemnitz, welcher 33 Aktionäre mit 1622 Stimmen beiwohnten, wurden die Vorschläge der Verwaltung debattelos einstimmig zum Beschluss erhoben und die ausscheidenden Mitglieder des Aufsichtsrates einstimmig wiedergewählt. Auf Anfragen, welche aus der Mitte der Versammlung gestellt wurden, erwiderte die Verwaltung, dass der Geschäftsgang sich auch weiterhin befriedigend anlasse und dass die Verwaltung die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr, falls nicht unerwartete Ereignisse eintreten sollten, als befriedigend bezeichnen könne. Die Erzeugnisse des Unternehmens, auch die neu eingeführten Automobile, fänden guten Absatz. Die Frage einer Kapitalserhöhung wurde als zurzeit nicht aktuell bezeichnet. Man will die weitere Entwickelung der Verhältnisse abwarten.

Gewerkschaft Ilsenburg. Seitens der Verwaltung wird folgender Bericht versandt: Die Firma Gebhardt & Koenig, welche das Abteufen des Schachtes übernommen hat, war zum Tiefkälteverfahren übergegangen und glaubte, dass der Frostkern vollständig geschlossen sei. Diese Annahme hat sich nicht als zutreffend erwiesen. Die Untersuchung hat ergeben, dass sich an einigen Bohrlöchern wiederum Laugenzuflüsse zeigten. Die Schachtbaufirma wird versuchen, diese durch Einpressen von Zement abzuschliessen und hofft nach Ueberwindung der Schwierigkeiten das Abteufen in ca. 8 Wochen wieder aufnehmen zu können.

Ueber das Vermögen der Gardinenfabrik Junghänel & Wild in Auma wurde das Konkursverfahren eröffnet.

Die Deutsche Hypothekenbank in Berlin beantragt für 1913 wieder 8 Proz. Dividende bei wieder 100 000 Mk. Ueberweisung an die Reserve II, 50 000 Mk. Talonsteuerrücklage (wie i. V.), 95 460 Mk. Wehrsteuerbeitrag und 260 923 (246 994) Mk. Vortrag.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse, 21. Januar. Am Frühmarkt notieren Weizen inländ. 185,00—190,00 ab Bahn u. frei Mühle, Roggen loco 155,50—158,00 ab Bahn u. frei Mühle. Hafer, märkischer, mecklenburgischer, pomm., preussischer, posenscher und schlesischer fein 169—183, mittel 154—168, gering — — russisch und Donau mittel — —, gering — — — ab Bahn und frei Wagen. Mais, amerik. mix. 168,00—170,00 Donau mix — — — —, runder 148 152 frei Wagen. Gerste inländ. Futtergerste, mittel und gering 139—145 gute 146,00 152,00, russische und Donau leichte 133—135, schwere 136,00—144,00 ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländische u. ausländische Futterware mittel 160—168, Taubenerbsen 169—192 ab Bahn u. frei Wagen. Weizenmehl 00 22,00 27,00. Roggenmehl 0 und 1 19,10—21,40. Weizenkleie 10,60—11,10. Roggenkleie 10,10—10,60. Lupinen, blaue — —, gelbe — — —. Wicken — — —. Seradella 11 — M.

Hamburg, 21. Januar. (Getreidemarkt). Weizen stetig ostholsteiner und mecklenburger 166—193, 0. Roggen stetig mecklenbrg. u. altmärk. neuer 155—162,00, russ. cif. 9 Pud 10/15 Aug. — —. Gerste ruhig, südruss. cif. Jan. 111,75. Hafer ruhig neuer holsteiner und mecklenburger 156—162. Mais, stetig, amerikanisch. mixed cif. per Jan.-April —. La Plata cif. neue Ernte April-Mai 105,50.

Liverpool, 21 Jan. Stetig Roter Winterweizen per März 7—2⅝, per Mai 7 1⅝. Mais ruhig. La Plata Januar — —, bunter amerik. Februar 4—10.

Budapest, 21. Januar. Weizen, Tendenz schwach, per April 11,72 Mai 11,80, Oktbr. 1[illegible],80. Roggen, Tendenz schwach, per April 8,96 Oktbr. 8,47. Hafer, Tendenz schwach per April 7,83, Oktbr. 7,81. Mais, Tendenz schwach, per Mai [illegible],82 Oktbr. 6,98. Raps Tendenz ruhig, August 12,25.

Antwerpen, 21. Jan. Deutscher La Platazug. Kontrakt per Januar 6,25 Febr. 6,22½, März 6,2[illegible], April 6,15, Mai 6,12½. Umsatz 305 000 kg. Tendenz ruhig.

Spiritus.

Nordhausen, 21. Jan. Branntwein 35 Vol. Proz. für 100 kg (104—105 l) 81,75—82,75 M., do. 40 Vol. Proz. für 100 kg 105 bis 106 l) 92,50—93,75 M. per loko 12 19 ohne Fass ab Brennerei.

Zucker.

Magdeburg, 21. Januar. Abend-Kurse. Januar 9,25, Februar 9,27½, März 9,37½, Mai 9,52½, August 9,77½, Oktbr.-Dezbr. 9,67½. Tendenz ruhig.

Hamburg, 21. Januar. Rübenrohzucker, 1. Prod., Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg.

	vorm	nachm.	abends
per Januar	9,27½	9,27½	9,27½
„ Februar	9,30	9,30	9,27½
„ März	9,37½	9,35	9,35
„ Mai	9,55	9,55	9,55
„ August	9,77½	9,77½	9,77½
„ Okt.-Dez.	9,67½	9,67½	9,67½
	ruhig	ruhig	ruhig

Rio de Janeiro, 21. Januar. Kaffee-Zufuhren 14 000 Sack in Rio, 26000 Sack in Santos.

Hamburg, 21. Januar. Good average Santos

	vorm.	nachmittags	abends
per März	51,00 G.	51,25 G.	51,25 G.
„ Mai	51,75 G.	51,25 G.	51,00 G.
„ September	52,75 G.	52,25 G.	52,2 G.
„ Dezember	53,[illegible] G.	52,50 G.	52,5 G.
	stetig	ruhig	schleppend

Havre, 21. Januar. Kaffee good average Santos per März [illegible],50 per Mai 63,00 per Sept. 64,00. Dez. 64,75. Ruhig.

Kartoffelmehl und Stärke.

Magdeburg, 21. Januar. Prima Kartoffelstärke und Mehl für 100 kg 18,25—18,75. Stetig.

Chemische Produkte.

Hamburg, 21. Jan. Chilisalpeter per loko 10,2[illegible], Febr.-März 10,12½, frei Fahrzeug Hamburg. Tendenz: stetig.

Fettwaren und Oele.

Köln, 21. Januar. Rüböl per loko 70,00, per Mai 67,50.
Hamburg, 21. Jan. Stadtschmalz 65,50. amerikan. Steam 56,50. Chamberlain 67,00. Tendenz stetig.

Wolle.

Bremen, 21. Januar. Baumwolle Upl. loko middl. 65,50.
Liverpool, 21. Jan. Aegypt. Baumwolle per März 9,72.
Liverpool, 21. Januar. Baumwolle, Umsatz 10 000 Ballen, Import 2 000 Ballen, davon amerik. Lieferg. 1 000 Ballen.

Berliner Viehmarkt.

Berlin, 21. Jan. Städt. Schlachtviehmarkt. (Amtl. Bericht.) Es standen zum Verkauf: 297 Rinder (183 Bullen, 23 Ochsen, 86 Kühe u. Färsen) 1827 Kälber, 737 Schafe, 14676 Schweine. Kälber a) Doppelender feiner Mast 100—109 (143—156), b) feinste Mast-(Voll-Mast) u. beste Saugkälber 72—73 (120—122), c) mittlere Mast- und gute Saugkälber 60—68 (100—113), d) geringe Saugkälber 40—60 (7[illegible]—91). Schafe: Mastlämmer u. jüngere Masthammel — — (— —), ältere Masthammel — — (— —), mässig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) — — (— bis —). Schweine: a) Fettschweine über 8 Ztr. 54 — (67—68), b) vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen bis 8 Ztr. 53—54 (66 68), c) vollfleischige der feineren Rassen u. deren Kreuzungen bis 2½ Ztr. 53—54 (66—67), d) fleischige Schweine 52—53 (65—66), e) gering entwickelte Schweine 50—51 (62 64), f) Sauen 50 52 (63 65).

Marktverlauf: Vom Rinderauftrieb blieben einige Posten unverkauft. Der Kälberhandel gestaltete sich ruhig. Bei den Schafen war ziemlich auszuverkaufen. Der Schweinemarkt verlief ruhig.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York.	21. 1.	20. 1.		21. 1.	20. 1.
Weizen p. Mai	99⅛	99	Roggen loko	61	61½
„ „ Juli	9[illegible]½	96⅞	Schmalz p. Jan.	11,07	11,10
Mais loko	68	68	„ „ Mai	11,30	11,32
Mehl Spring cl.	3,75	3,75	**New York**		
Chicago.			Petroleum in Cases	11,25	11,25
Weizen p. Mai	92	91⅝	do. in Stand. White	8,75	8,75
„ „ Juli	87⅝	87½	do. in Cred. Balanc.	200	200
Mais p. Mai	65⅛	65⅝	Kaffee loko	9½	9½
„ „ Juli	64⅛	64½	„ p. Januar	9,10	9,14
Hafer p. Mai	39⅛	39¼	„ p. März	9,26	9,29
„ „ Juli	38⅞	39			

Tendenz: Weizen —, Mais willig.

Schiffsnachrichten.

Hamburg-Amerika-Linie.

(Bureau in Halle: Georg Schultze, Bernburgerstr. 32.)

Nordamerika: Bosnia 17. Jan. von Baltimore nach Hamburg. Dortmund 17. Jan. von New Orleans nach Hamburg. Fürst Bismarck 17. Jan. in Boston. Hornsund 17. Jan. von New York nach Hamburg. President Lincoln 17. Jan. von New York nach Hamburg. Bohemia, von New Orleans, 19. Jan. morgens auf der Elbe. — Westindien, Mexiko: Sachsenwald 17. Jan. in Colon. Syria, von Westindien, 17. Jan. 8 Uhr abends in Hamburg. Georgia, von Westindien, 18. Jan. von Havre. Westerwald, nach Havana und Mexiko, 18. Jan. von Havre. — Südamerika, Westküste Amerikas: Habsburg 17. Jan. in Santos. König Wilhelm II., nach dem La Plata, 17. Jan. von Santos. Rugia, von Mittelbrasilien, 17. Jan. 5 Uhr 30 Min. nachm. in Hamburg. Siegmund, nach Brasilien, 17. Jan. in Antwerpen. Silvia 17. Jan. von Buenos Aires. Nassovia, nach Brasilien, 18. Jan. in Lissabon. — Ostasien: Silesia 16. Jan. von Moji nach Schanghai. Ambria, von New York, 17. Jan. von Suez nach Sabang. Scandia 17. Jan. von Malta nach Port Said. Preussen 17. Jan. von Moji nach Kobe. Brisgavia 17. Jan. in Havre, heimkehrend. Alesia 18. Jan. von Cuxhaven nach Liverpool. Bayern 18. Jan. von Cuxhaven nach Port Said. Emden 18. Jan. in Singapore, heimkehrend. Hoerde, von Antwerpen, 18. Jan. 6 Uhr 30 Min. morgens in Hamburg. — Verschiedene Fahrten: Nicomedia, von Persien, 17. Jan. von Malta. Persepolis, von Persien, 17. Jan. in Dünkirchen. Viktoria Luise, erste Westindienfahrt, 17. Jan. in Havana. Baden, von Vegesack, 17. Jan. 7 Uhr 30 Min. abends in Hamburg. Vergnügungsdampfer Meteor, erste Mittelmeerfahrt, 18. Jan. in Lissabon. Parthia, von New Orleans, 18. Jan. in Kopenhagen.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.)

Unstrut und Saale.					Fall	Wuchs
Artern	2[illegible]. Jan.	+1,15	21. Jan.	+1,18	—	—
Nebra, Oberpegel	„	+2,12	„	+2,[illegible]8	4	—
„ Unterpegel	„	+1,62	„	+[illegible],6[illegible]	3	—
Weissenfels, Oberpegel	„	+2,4	„	+2,4[illegible]	—	2
„ Unterpegel	„	+0,16	„	+0,18	—	2
Trotha	20. „	+2,[illegible]	21. „	+2,[illegible]	—	—
Alsleben, Oberpegel	19. „	+2,6[illegible]	20. „	+2,56	9	—
„ Unterpegel	„	+1,72	„	+1,[illegible]4	—	2
Bernburg	„	+[illegible],9[illegible]	„	+0,9[illegible]	—	—
Calbe, Oberpegel	„	+1,74	„	+1,90	—	16
„ Unterpegel	„	+0,58	„	+0,6[illegible]	—	4

Iser. Eger. Elbe. Moldau.

	Januar		Fall	Wuchs		Januar		Fall	Wuchs
Jungbunzl.	[illegible]	+[illegible],0	—		Wittenberg	21.	+1,2[illegible]	—	16
Laun	„	+[illegible],1	—	7	Rosslau	„	+0,[illegible]	7	—
Budweis	„	[illegible]	1		Barby	„	+1,02	3	—
Prag	21.	0,66	—	—	Schönebeck	„	+1,[illegible]7	1	—
Pardubitz	[illegible]	+[illegible]	—	—	Magdeburg	„	+0,9[illegible]	2	—
Brandeis	„	+[illegible],08	—	—	Tangermünde	„	+[illegible],54	9	—
Melnik	„	—[illegible],56	—	10	Wittenberge	„	+[illegible],32	14	—
Leitmeritz	21	[illegible]	—	13	Dömitz	20	+1,10	1[illegible]	—
Aussig		+1,37	—	13	Boizenburg	„	+1,[illegible]4	16	—
Dresden		—[illegible],38	2	—	Hohnstor	2[illegible]	+1,14	14	—
Torgau		+0,3	—	22	Lauenburg	„	+1,12	14	—

Aussig, 21. Januar. Pegelstand +1,30 m. Vom Oberlauf werden 0,20 Wuchs gemeldet.

Verantwortlich für den politischen Teil: Siegfried Dyck; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann, Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Feuchtwanger, für Ausland u. letzte Nachrichten: Dr. Karl Baer, für den Anzeigenteil: Albert Barth. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle.

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten — einschließlich Unterhaltungsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140122013/fragment/page=0005
DFG

Die Rubrik in Kursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:

4 1.Jan.	4 1.Apr.	7 1.Juli	O 1.Okt.	a 1.1.7.	d 1.4.10.	g 15.3.9.	k 15.6.12.	v quartaliter	1.4.7.10.
2 1.Fbr.	5 1.Mai	8 1.Aug.	N 1.Nov.	b 1.2.8.	e 1.5.11.	h 15.4.10.	l 11.6.12.	do.	1.2.5.8.11.
3 1.Mrz.	6 1.Juni	9 1.Spt.	D 1.Dez.	c 1.3.9.	f 1.6.12.	i 15.5.11.	u versch.	do.	1.3.6.9.12.

Berliner Börse, 21. Jan. 1914

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Leu, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70. 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.

Berlin. Bankdiskont 5½, Lombardzinsfuß 6½, Privatdiskont 3⅞

Nachdruck verboten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140122013/fragment/page=0006